

## Blockierte Demokratie - die Tschechische Republik 20 Jahre nach der Samtenen Revolution

Schevarado, Jennifer

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schevarado, J. (2009). *Blockierte Demokratie - die Tschechische Republik 20 Jahre nach der Samtenen Revolution*. (DGAP-Analyse, 8). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-129339>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

September 2009 N° 8

## Blockierte Demokratie – Die Tschechische Republik 20 Jahre nach der Samtenen Revolution

von Jennifer Schevardo



## Zusammenfassung

# Blockierte Demokratie – Die Tschechische Republik 20 Jahre nach der Samtenen Revolution

von Jennifer Schevardo

Vor 20 Jahren brach das kommunistische Regime in der damaligen Tschechoslowakei zusammen. Die Begeisterung, die die »Samtene Revolution« und der anschließende Aufbruch hin zu Demokratie und Kapitalismus auslösten, ist heute jedoch längst erloschen. Die Gesellschaft in der Tschechischen Republik im Jahre 2009 zeigt sich in hohem Maße zerklüftet und verworfen. Die politische Elite und die Bevölkerung sind voneinander entfremdet, die gesellschaftlichen Entscheidungsträger und Protagonisten der Parteien sind zerstritten und unfähig, dauerhaften Konsens zu bilden. Dieser Zustand ist erneut beim Sturz der Regierung Topolánek im März 2009 offenbar geworden, doch sein Entstehen lässt sich über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg zurückverfolgen.

Das Ende des Kommunismus in der Tschechoslowakei war im Wesentlichen das Ergebnis von Verhandlungen zwischen einem kleinen Kreis von Dissidenten und Vertretern der kommunistischen Partei. Die einfache Bevölkerung lieferte mit täglichen Demonstrationen zwar die passende Kulisse, doch hatte sie auf das Geschehen um den Machtwechsel nur geringen Einfluss.

Die Koalitionen der Dissidenten der Novembertage zerfielen sowohl im tschechischen als auch im slowakischen Landesteil schnell. Die Oberhand erlangten Kreise, die machtpragmatisch ihre Ziele verfolgten. In beiden Landesteilen etablierte sich ein offensiver und polarisierender Politikstil, dessen erstes Opfer die staatliche Einheit zum Ende des Jahres 1992 war.

Die anschließende Entwicklung in der Tschechischen Republik war von fragilen Regierungen, Streitereien und Skandalen geprägt. Angesichts dieser als undemokratisch wahrgenommenen Vorgänge ging die Unterstützung der tschechischen Bevölkerung für die Transformation rasch zurück. Das Interesse am neuen politischen System und den Chancen, die die Zivilgesellschaft bietet, ließ deutlich nach. Daran änderten auch die fast durchgehend positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit Transformationsbeginn sowie der EU-Beitritt nichts.

Die labilen politischen Verhältnisse und der allmähliche Verlust des gesellschaftlichen Konsenses stellen heute Blockaden dar, die dringend anstehende Modernisierungsprozesse verhindern. Dazu gehören die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft, der Kampf gegen Korruption und politische Beeinflussung, die drängende Aufarbeitung der kommunistischen Zeit sowie die Herausbildung eines konsistenten außen- und europapolitischen Profils.

Künftige Regierungen werden sich diesen Herausforderungen nicht entziehen können. Zuvor aber müssen sie es schaffen, Politik und Gesellschaft zu einen und zu einem konstruktiven Umgang miteinander zu finden.

## Summary

# A Blockaded Democracy—the Czech Republic 20 years after the “Velvet Revolution”

by Jennifer Schevardo

Twenty years ago the Communist regime in at that time Czechoslovakia collapsed. The enthusiasm which caused the “Velvet Revolution” and the following dawn of democracy and capitalism is nowadays long extinct. The society in the Czech Republic in 2009 is highly discordant and cleaved. The political elites are estranged from the population, the social decision-makers and the protagonists of political parties are at odds with each other and therefore unable to reach durable consensus. This status quo became obvious again in March 2009, when the Topolánek’s government fell. But the evolution of this status can be retraced within the last two decades.

The end of communism in Czechoslovakia was mainly the result of negotiations between a small group of dissidents and representatives of the communist party. The daily demonstrating masses provided the adequate scenery, but actually the population had only little influence on the handover of power in the country.

The dissident coalitions from November 1989 broke up quite soon, in the Czech part of the country as well as in the Slovak part. Out on top came circles of people who implemented pragmatically their own power aims. In both parts of the country an aggressive and polarizing political style was established. Its first victim was the unity of the state by the end of 1992.

The following development of the Czech Republic was characterized by fragile governments, quarrels and scandals. Seeing these aspects as undemocratic proceedings, the Czech population continuously pulled back its support for the transformation process. Its interest in the new political system and in the chances offered by the civil society decreased considerably. This could neither be changed by a more or less constant positive economic performance of the country nor by its entry into the EU.

The instable political circumstances and the gradual loss of social consensus nowadays turn out to be blockades which hamper urging modernizing processes. These are for example: activation of the civil society, fight against corruption and political manipulation, evaluation of the communist past as well as forming a consistent profile in the foreign and EU policy. Future governments will not be able to abdicate from these challenges.

But before, they will have to find a way to unite politics and society and to establish a constructive manner of dealing with each other.

## Inhalt

Eine Revolution! Aber eine samtene.....	6
Die Vorgeschichte: Bleierne Zeit der »Normalisierung«.....	6
Die Unruhe wächst.....	7
Der Durchbruch der Revolution.....	8
Zuviel Samt?.....	8
Die 20 Jahre danach: Die tschech(oslowak)ische Transformation von 1989 bis 2009 ..	9
1990 bis 1993: Auf Kurs gebracht.....	9
<i>Vom Forum zur Partei</i> .....	9
<i>Vom Plan zum Markt</i> .....	10
<i>Das Ende der Föderation</i> .....	11
1993 bis 1997: Ernüchterung und Krise der bürgerlichen Regierung.....	12
<i>Bremsen auf dem Weg nach Europa</i> .....	12
<i>Der Aufstieg der Sozialdemokraten</i> .....	12
<i>Das Ende der bürgerlichen Regierung</i> .....	13
1998 bis 2004: Innenpolitische Ränkeschmiede und außenpolitischer Erfolg.....	13
<i>Die Zeit des »Oppositionsvertrags«</i> .....	13
<i>Auf dem Weg in die EU</i> .....	14
2004 bis 2009: Die Tschechische Republik in der EU.....	15
<i>Sozialdemokratische Debakel</i> .....	15
<i>Der ungewählte Premierminister</i> .....	15
<i>Erneut: eine labile Regierung</i> .....	16
<i>War's die Wirtschaft?</i> .....	16
Die Tschechische Republik heute.....	17
Der Stand der Dinge.....	17
<i>Die müde Zivilgesellschaft</i> .....	17
<i>Korruption und Beeinflussung</i> .....	18
<i>Der ungeklärte Umgang mit der Vergangenheit</i> .....	18
<i>Die fehlende Verbindung von Innen- und Außenpolitik</i> .....	20
Wohin geht's?.....	21
Anmerkungen.....	22

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

# Blockierte Demokratie – Die Tschechische Republik 20 Jahre nach der Samtenen Revolution<sup>1</sup>

von Jennifer Schevardo

Im März 2009 schaute Europa mit Kopfschütteln auf die Tschechische Republik. Das Land hatte den EU-Ratsvorsitz inne und konnte, entgegen teilweise unmäßig schlechten Prognosen und trotz eines holperigen Anfangs, Erfolge aufweisen, als die tschechische Regierung durch ein Misstrauensvotum der heimischen Opposition gestürzt wurde. Die Koalition aus Bürgerlich-Konservativen, Grünen und Christdemokraten musste ihren Hut nehmen und an ihrer Stelle wurde unter Beteiligung der oppositionellen Sozialdemokraten eine Übergangsregierung aus Beamten installiert.

Was die internationale Öffentlichkeit an diesen März-Ereignissen besonders frappte, war die fehlende Staatsräson der politischen Akteure in der Tschechischen Republik. Ohne Rücksicht auf das außenpolitische Ansehen des Landes wurden kleinliche, parteipolitische Geplänkel bis zum bitteren Ende ausgetragen. Der Regierung von Mirek Topolánek war es nicht gelungen, wenigstens für die Zeit des EU-Ratsvorsitzes mit der Opposition einen politischen Frieden auszuhandeln; als ihre Popularität bei der Bevölkerung – nicht zuletzt auf Grund der zunehmenden Souveränität Topoláneks auf dem internationalen Parkett – wuchs, wurden die Sozialdemokraten von Panik befallen und versuchten, die Regierung auszubremsen. Präsident Václav Klaus, ein notorischer EU-Gegner und mit seinem einstigen Parteikollegen Topolánek verfeindet, rieb sich angesichts des erfolgreichen Misstrauensvotums die Hände.

Die tschechische Bevölkerung hingegen reagierte auf diese Vorgänge und ihre peinliche außenpolitische Dimension überwiegend gleichgültig. Für

den Großteil der Tschechen war das Ereignis nur ein weiterer Beweis für die Labilität und Irrationalität der politischen Institutionen im Land, und sie waren genervt. Was außerhalb Tschechiens darüber gedacht wurde, war ihnen nicht wichtig und so verzichteten sie auch darauf, über die kurz später abgehaltenen Europa-Wahlen der europäischen Öffentlichkeit ein Zeichen zu geben und sich von der außenpolitischen Verantwortungs- und Rücksichtslosigkeit der eigenen politischen Elite sichtbar abzugrenzen. Über zwei Drittel der Bevölkerung gingen nicht einmal zu den Wahlurnen.

Die Tschechische Republik zeigt sich 20 Jahre nach der »Samtenen Revolution« und fünf Jahre nach dem EU-Beitritt gesellschaftlich gespalten: Die politische Elite schafft es nicht, ihre internen Konflikte in professioneller und konstruktiver Weise zu lösen; die Bevölkerung reagiert darauf zunehmend ignorant und wendet sich vom politischen Geschehen ab; dadurch geht der gesamtgesellschaftliche Konsens verloren, der nötig wäre, einige, seit langem gärende Probleme anzugehen, deren Lösung für die Modernisierung der tschechischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind.

Die Ursachen für diesen Zustand liegen in der jüngeren Geschichte des Landes. In der »Samtenen Revolution« der Tschechoslowakei von 1989, in ihrer Vorgeschichte, ihrem Verlauf und in der anschließenden Transformationsphase entstanden jene Mechanismen politischen und gesellschaftlichen Handelns, die sich heute als problematisch und blockierend erweisen.

Der Umbruch in der damaligen Tschechoslowakei kam im ostmitteleuropäischen Vergleich spät und verlief dann rasch und nahezu reibungslos. Durch

ihn gelangten zunächst Akteure an die Macht, die politisch unerfahren waren, wenig Bezug zur Bevölkerung und kein klares Programm hatten. In Abgrenzung vom hoch bürokratisierten kommunistischen System hingen sie einem Politikstil an, der auf bewusste Machtausübung und eindeutige Standpunkte verzichtete. Die bald entstehenden Konflikte und Auseinandersetzungen wurden darum nicht sachlich und konsensorientiert ausgeglichen, sondern zutiefst persönlich und hart. Im Zuge der wirtschaftlichen Neuverteilung und der Stabilisierung des postkommunistischen Systems wurden gute Kontakte zwischen den Akteuren als Grundlage der Zusammenarbeit wichtiger als fachliche Kompetenz oder Konsensfähigkeit. Jedoch konnten diese informellen Koalitionen auch schnell wechseln. Es häuften sich Konstellationen, in denen wichtige Entscheidungen von einzelnen Personen abhingen und ihre Durchsetzung durch immer neue Zugeständnisse erkaufte werden musste. Das band (und bindet bis heute) enorme Energien in den internen Auseinandersetzungen und ging auf Kosten einer konstruktiven Politik nach außen.

Die Bevölkerung hatte zwar einen entscheidenden Anteil an der »Samtenen Revolution« in der Tschechoslowakei 1989, doch die wesentlichen Entscheidungen traf eine kleine und relativ isolierte Gruppe. Dennoch sah die Mehrheit dem Systemwechsel überwiegend positiv entgegen. Die Begeisterung legte sich jedoch schnell. Es wuchs das Befremden über das, was die neue Elite »da oben« so machte, und die Enttäuschung darüber, an der Umverteilung nicht in dem erhofften Maße beteiligt zu werden. Große Teile der Bevölkerung wandten sich von der Politik ab und traten, wie auch schon in den 1970er und 1980er Jahren, den Rückzug ins Private an. Zwar folgten sie dem politischen Geschehen, doch ordneten sie dieses einem klar abgegrenzten »Außen« zu, das sie nicht beeinflussen können und das sie nicht wirklich tangiert.

Diese Konstellationen sind im Laufe der letzten zwanzig Jahre vielfach bestätigt worden. Sie sind zu Blockaden geworden, die notwendige Prozesse von Modernisierung und Emanzipation in der tschechischen Gesellschaft verhindern. Diese trägt in vielerlei Hinsicht Züge, die eindeutig noch post-

kommunistisch, aber nicht schon voll demokratisch zu nennen sind. Wenn diese Blockaden durchbrochen werden sollen, müssen die politischen Eliten zu einem professionellen und funktionalen Selbstverständnis finden, das ihnen erlaubt, ihre persönlichen Animositäten zu überwinden und erneut das Vertrauen der Gesellschaft in das demokratische System zu erlangen.

## Eine Revolution! Aber eine samtene

### Die Vorgeschichte: Bleierne Zeit der »Normalisierung«

Sogar die Bulgaren waren schneller, beinahe auch noch die Rumänen. Als ab Sommer 1989 Polen, Ungarn und dann auch noch die als eiserne poststalinistisch geltende DDR vom revolutionären Fieber erfasst wurden, lag über der Tschechoslowakei Stille. Das Land, das wirtschaftlich zu den fortschrittlichsten des Ostblocks zählte, gehörte, als es daran ging, das System des Kommunismus zu überwinden, zu den Schlusslichtern.

Die bleierne Stimmung in der Tschechoslowakei der späten 1980er Jahre wird von Zeitzeugen als »Hypnose« beschrieben, die sowohl das Regime als auch die Bevölkerung in Bann hielt.<sup>2</sup> Sie war eine Folge des »Prager Frühlings« 1968 und seines traurigen Endes. Der damals von weiten Teilen der Bevölkerung und des Kulturlebens getragene Versuch eines liberalen Flügels der tschechoslowakischen kommunistischen Partei, KSČ, das mangelhafte politische und wirtschaftliche System zu reformieren, endete im August 1968 unter den Ketten der Panzer der sozialistischen »Bruderstaaten«. Auf deren Einfahrt in tschechische und slowakische Städte folgten das rasche Einlenken der politischen Elite sowie sich bald breit machende Resignation. Die Bewohner der Tschechoslowakei zogen aus diesem Scheitern die Lehre, dass, wer sich engagiert, dafür bestraft wird und jeder am besten individuell seine Ziele verfolgt.<sup>3</sup> Der Rückzug ins Private und das egoistische Am-System-Vorbei-Improvisieren waren auch in anderen Ländern Charakteristika des Realsozialismus. Nir-

gendwo aber wurde mit solcher Entschiedenheit die eigene Lebenswelt in zwei Teile – einen öffentlichen und einen privaten – getrennt wie in der Tschechoslowakei. Hier galt der Spruch »Wer nicht klaut, der klaut der Familie. (Kdo nekrade, okrádá rodinu.)« Während Familien- und Freundeskreis als Refugien der Wahrhaftigkeit angesehen wurden, galten Lügen, kleinere Formen des Betrugs und sonstige Schädlichkeit in der öffentlichen Sphäre als normal.<sup>4</sup>

Diese Spaltung zwischen Gesellschaft und Politik vertiefte sich noch durch den Austausch der Eliten, der nach dem »Prager Frühling« erfolgte. Ab Mitte der 1970er Jahre kam eine Riege von jüngeren, eher unideologischen, aber karriereorientierten Kadern in Führungspositionen.<sup>5</sup> Sie verlangten von der Bevölkerung nicht mehr, die kommunistische Machtausübung aktiv mit zu vollziehen, sondern es reichte, wenn diese die formalen Regeln symbolisch einhielt. Dafür versprach das Regime Verbesserungen im Bereich des Konsums sowie kleine Freiheiten im Privaten. Dieser Gesellschaftsvertrag genügte lange Zeit, um die Mehrheit der Bevölkerung ruhig zu halten.

Die Opposition in der Tschechoslowakei hingegen war bis zum Ende der 1980er Jahre ein eher kleiner, geschlossener Kreis, der mit der breiten Bevölkerung kaum in Verbindung stand. Aus dem Scheitern des »Prager Frühlings« hatten auch die Dissidenten den Schluss gezogen, dass der Kampf für konkrete Reformen müßig ist. Sie überließen das Feld der Politik den Machthabenden und wandten sich eher intellektuellen und moralischen Sphären zu.<sup>6</sup> Die Situation im Land wurde von ihnen als umfassende, vor allem geistige, nicht aber als politische oder wirtschaftliche Krise beschrieben. Symbolisch dafür steht die Formulierung Václav Havels,<sup>7</sup> der den realen Sozialismus vor allem dafür ablehnte, dass er die Menschen zum »Leben in der Lüge (žít ve lži)« zwingt.

Mit diesen abstrakten Ansichten und ihrer überwiegend intellektuellen und künstlerischen Milieuzugehörigkeit blieben die Dissidenten der einfachen Bevölkerung, die ihre Energie täglich auf materielle und lebenspraktische Fragen verwandte, fremd. Diese Fremdheit trug auch dazu bei, dass die revo-

lutionäre Dynamik des Jahres 1989 nur mit Verzögerung das Land ergriff.

## Die Unruhe wächst

Als Ausgangspunkt der revolutionären Ereignisse in der Tschechoslowakei gilt die »Kerzendemonstration« vom 25. März 1988 in Bratislava, bei der erstmals, nach einer Reihe von kleineren zivilgesellschaftlichen Aktionen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, eine große Menschenmenge zusammenkam, die grundlegende Forderungen an das Regime stellte, besonders die Einhaltung der Grundrechte. Ihr folgten weitere größere Demonstrationen im Laufe des Jahres 1988 und ins Jahr 1989 hinein. Die Polizei ging von Anfang an rigide gegen diese Aktionen vor, wodurch sie jedoch nur bewirkte, dass die Proteste Zulauf erhielten. Dennoch handelte es sich zu dieser Zeit noch nicht um eine Massenbewegung, sondern es gingen überwiegend junge Leute und Intellektuelle auf die Straße.

Prominente Dissidenten waren an diesen Aktionen beteiligt, doch hatte sich noch keine Gruppierung als solche geäußert oder einen Führungsanspruch erhoben. Einen Schritt in diese Richtung stellte erst das im Juni 1989 von Václav Havel im Namen der Charta 77 verfasste Manifest »Einige Sätze (Několik vět)« dar, in dem grundlegende Veränderungen, Presse- und Religionsfreiheit sowie die Freilassung politischer Häftlinge gefordert wurden. Den Text, der über die damals illegal erscheinende »Volkszeitung (Lidové noviny)« und dann über »Radio Free Europe« verbreitet wurde, unterzeichneten in wenigen Monaten 40 000 Personen.<sup>8</sup>

Zur Beschleunigung der Proteste trug vor allem der internationale Kontext bei. Eins nach dem anderen knickten die kommunistischen Regime der Nachbarländer ein. Tausende von DDR-Flüchtlingen durften im September jubelnd aus der Prager Botschaft in die Bundesrepublik ausreisen und ließen in den angrenzenden Straßen ihre Trabis zurück.<sup>9</sup> Als schließlich in Berlin die Mauer fiel und Moskau weiterhin nicht eingriff, löste sich in der Tschechoslowakei die Furcht, die gewalttätige Erniedrigung vom August 1968 könnte sich wiederholen. Gleichzeitig begriffen die Hardliner in der KSČ, dass sie

nicht mehr auf Unterstützung aus dem sozialistischen Ausland zählen konnten.

### Der Durchbruch der Revolution

Trotzdem dauerte es noch fast zwei Wochen, bis klar wurde, dass auch in der Tschechoslowakei die Tage des Kommunismus gezählt waren. Im Anschluss an einen friedlichen Protestmarsch, den Prager Studenten am 17. November organisierten, kam es zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und 5000 Demonstranten, die unangemeldet ins Stadtzentrum ziehen wollten. Die Berichte von der Polizeigewalt, zu denen auch das (wie sich später herausstellte: falsche) Gerücht vom Tod eines Demonstranten gehörte, brachten das Fass zum Überlaufen. Unabhängig von politischer Gesinnung und Widerstandsgeist – dass ihre Kinder von der Polizei verprügelt wurden, konnte und wollte die Bevölkerung nicht hinnehmen. Von nun an trafen sich jeden Tag Tausende Menschen in den Zentren von Prag und Bratislava, ließen dort als »letztes Klingeln« ihre Schlüssel klippeln, sangen die Nationalhymne und jubelten Ikonen des »Prager Frühlings« zu, die fast zwanzig Jahre lang aus dem öffentlichen Leben verschwunden gewesen waren. Für den 27. November wurde zudem ein zweistündiger Generalstreik angekündigt.

Die Dissidentenkreise begriffen, dass sie nun die Führungsrolle besetzen mussten, wenn sie von den Ereignissen nicht überrollt werden wollten. Am 19. November wurde das Bürgerforum (Občanské fórum, OF) gegründet, dem Václav Havel vorstand. In Bratislava entstand die Öffentlichkeit gegen Gewalt (Verejnost' proti násiliu, VPN) unter dem Schauspieler Milan Kňažko.<sup>10</sup> Bereits am folgenden Tag trafen sich Vertreter des OF mit einer Delegation der kommunistischen Föderalregierung. Das war der erste öffentliche Auftritt der Gruppierung, die in keiner Weise zuvor entsprechend legitimiert worden war. Dass sich das OF als Sprachrohr der Revolution rasch durchsetzen konnte, lag vor allem am Fehlen alternativer Anwärter für diese Position. Die VPN konzentrierte ihre Tätigkeit explizit auf den slowakischen Landesteil, und die Studenten, die den Protest auf die Straßen gebracht hatten, verfügten weder über eine führende Organisation noch über eine klare politische Linie.

Die KSČ-Führung versuchte es zunächst noch mit Taktieren, doch sah sie sich einer enorm selbstbewusst gewordenen Opposition gegenüber. Deren Forderungen gewannen durch den Generalstreik vom 27. November, der das Land für zwei Stunden zu 75% lahm legte, den entscheidenden Druck. Am nächsten Tag beauftragte die kommunistische Regierung den als kompromissfähig bekannten, relativ jungen Slowaken Marián Čalfa, mit dem OF über das weitere Vorgehen zu verhandeln.<sup>11</sup> Anfang Dezember 1989 trat die »Regierung der Nationalen Verständigung (Vláda národného porozumení)« an, in der KSČ-Mitglieder und OF-Vertreter jeweils die Hälfte der Ministerposten besetzten. Auf Drängen des OF wurde ein Koopierungsgesetz beschlossen, das dem Föderal- wie den beiden Länderparlamenten erlaubte, eigeninitiativ und vorläufig ohne Wahl Abgeordnete auszutauschen. Dies sollte zur raschen Ablösung der KSČ-Parlamentarier durch Vertreter des OF führen, was wiederum die Voraussetzung für die ebenfalls abgesprochene Wahl Václav Havels zum Staatspräsidenten war. Čalfa setzte für die Präsidentenwahl im Föderalparlament ein offenes Abstimmungsverfahren durch, von dem erwartet wurde, dass es angesichts der Stimmung auf der Straße Havel Vorteile bringen würde.

Am 29. Dezember 1989 wurde Václav Havel zum ersten nichtkommunistischen Präsidenten der Tschechoslowakei seit mehr als vierzig Jahren gewählt. Die ersten freien Wahlen zum Parlament wurden für den Juni 1990 festgesetzt.

### Zuviel Samt?

Schon unmittelbar nach den Ereignissen, die in der Tschechoslowakei 1989 zum Ende des kommunistischen Regimes führten, setzte sich für diese die Bezeichnung »Samtene Revolution (Sametová revoluce)«, im slowakischen Teil des Landes »Sanfte Revolution (Nežná revolúcia)« durch.<sup>12</sup> Das Attribut verweist erstens auf die Gewaltlosigkeit der Revolutionäre, die jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der Tschechoslowakei ist, sondern auf den Umbruch von 1989 in fast allen ostmitteleuropäischen Ländern zutrifft. Was die Vorgänge in der Tschechoslowakei so besonders »samten« machte, ist erstens die fehlende Radikalität der politischen

Forderungen und ihrer Durchsetzung gegen den kommunistischen Machtapparat. Die Opposition ergriff nur zögernd die Führungsrolle und setzte dann auf Verhandlungen mit den Machthabern, in denen sie sich rasch durchsetzte. Sie hatte dabei leichtes Spiel, denn das kommunistische Regime war in hohem Maße delegitimiert und durch die internationale Entwicklung geschwächt. Somit etablierte sich nahezu reibungslos eine neue Elite, die sich zuvor wesentlich über ihre »unpolitische« Haltung definiert hatte. Ihr gemeinsames Ziel war es gewesen, den Kommunismus zu stürzen und die Gesellschaft zu befreien. Weiterführende Vorstellungen von einem pragmatischen Vorgehen hatte sie jedoch nicht.

Die Sanftheit der tschechischen Revolution bestand zweitens in einer gewissen Harmonieseligkeit. Diese lässt sich angesichts der Euphorie des Diktatursturzes nachvollziehen, doch zeitigte sie nachhaltige Folgen: das kommunistische Regime hatte sich so kampflos ergeben, dass ein expliziter Bruch mit ihm nicht erforderlich zu sein schien. Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei wurde als einzige in Ostmitteleuropa nicht verboten, weil die (ehemaligen) Dissidenten damit rechneten, dass die Partei einfach verschwinden würde.<sup>13</sup> Und auch auf gesellschaftlicher Ebene wollte man nicht unnötig Gräben aufreißen. Bereden und in der Außensicht fast schon zynischen Ausdruck findet das Streben nach Harmonie in dem Umstand, dass der Schlagersänger Karel Gott, der auf Anbiederung an die Macht zu Gunsten der eigenen Karriere niemals verzichtet hatte, noch in den Novembertagen 1989 eingeladen wurde, zusammen mit Karel Kryl, einem kritischen Liedermacher, der nach seinem Engagement 1968 politischer Verfolgung ausgesetzt und emigriert war, auf einem Balkon über dem Wenzelsplatz für die Menge zu singen.

Die Leichtigkeit, mit der das kommunistische Regime zu Fall gebracht worden war, versetzte sowohl die politische Elite als auch die Bevölkerung in optimistische Stimmung. Die Parole vom »Zurück nach Europa«, die das rasche Anknüpfen an die in der Tschechoslowakei stets stolz betonte demokratische Phase der Zwischenkriegszeit suggerierte, machte die Runde.<sup>14</sup> Vor dem Hintergrund einer solchen nationalen Tradition erschien die

anstehende (Rück-)Umwandlung zu Demokratie und Kapitalismus eine Kleinigkeit.

## Die 20 Jahre danach: Die tschech(oslowak)ische Transformation von 1989 bis 2009

### 1990 bis 1993: Auf Kurs gebracht

#### Vom Forum zur Partei

Im Jahr 1989 war »Demokratie« eins der beliebtesten Worte der tschechoslowakischen Öffentlichkeit. Dabei wurde der Begriff nicht mit bestimmten formalen Prozedere oder einer klar definierten Haltung in Verbindung gebracht, sondern auf allgemeine Forderungen wie die der Menschenrechte und der Grundfreiheiten reduziert.<sup>15</sup> Sie galt vor allem als Gegenentwurf zum Begriff der »totalita«, des Totalitarismus, unter dem im tschechischen Diskurs schnell und nahezu diskussionslos Kommunismus und Faschismus als die beiden Systeme, deren Opfer man im 20. Jahrhundert geworden war, zusammengefasst wurden. Praktische Demokratie übten die Bürger des Landes im Juni 1990 bei den ersten freien Parlamentswahlen aus, an denen sich 96,8% der Wahlberechtigten beteiligten. Als Sieger gingen, wie erwartet, die Bürgerrechtsparteien Bürgerforum (OF) (51%) und die Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN) (33%) hervor, die auf Föderalebene eine Koalition bildeten. Premierminister blieb Marián Čalfa, der im Januar 1990 der VPN beigetreten war. Die kommunistische Partei, die unter ihrem neuen Namen Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Komunistická strana Čech a Moravy, KSČM) aber ansonsten unverändert antreten durfte, erzielte immerhin 13,5%. Ministerpräsident in der tschechischen Teilrepublik wurde für das OF der Charta-Aktivist Petr Pithart; in der Slowakei erhielt diese Position der auf Grund seiner klaren Haltung gegen den Warschauer-Pakt-Einmarsch 1968 angesehene Vladimír Mečiar.

Kurz nach den Wahlen begannen die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der vorherigen Oppositionskreise. Eine ganze Reihe der hier wir-

kenden Personen war nicht nur unerfahren, sondern lehnte es moralisch ab, politisch professionell vorzugehen.<sup>16</sup> Gegen sie stellten sich mehr und mehr Personen, die klare Vorstellungen hatten und auch den Willen, diese durchzusetzen. In der tschechischen Teilrepublik war ihr wichtigster Exponent Václav Klaus, der in der »Regierung der nationalen Verständigung« bereits Finanzminister gewesen war.<sup>17</sup> Bis zum Herbst 1990 brachten Klaus und sein Kreis das OF unter ihre Kontrolle. Es gelang ihnen, hier nicht nur ihren Stil, sondern auch ihre Ziele durchzusetzen. Klaus' »Marktwirtschaft ohne Adjektive«, ein neoliberales Konzept mit geringen sozialen Ausgleichsmechanismen, klang auch für weite Teile der Bevölkerung viel versprechend, da es einen möglichst radikalen Bruch mit allen sozialistischen Spielarten vorsah. Diese Richtungsentscheidung führte im Februar 1991 endgültig zur Aufspaltung des OF. Als stärkste Gruppierung ging aus ihm die von Klaus geführte Bürgerlich-demokratische Partei (Občanská demokratická strana, ODS) hervor, die mit ihrer scharfen, vor allem antikommunistischen Rhetorik viele Aktivisten der Revolutionszeit – 68er, Charta-Unterstützer und zurückgekehrte Emigranten – endgültig von der politischen Bühne vertrieb.

Auch in der Slowakei hielten die Koalitionen des Umbruchs nicht lange. Gegen Ende des Jahres 1990 begannen Auseinandersetzungen innerhalb der VPN, die sich weniger um fachliche Fragen als um den Stil des Ministerpräsidenten Mečiar drehten. Im April 1991 sprach ihm das Parlament das Misstrauen aus, und er wurde durch Ján Čarnogurský, den Führer der Christlich-Demokratischen Partei, ersetzt. Kurz darauf spaltete sich auch die VPN und Mečiar brachte die Mehrheit in der Bewegung für eine demokratische Slowakei (Hnutie za demokratické Slovensko, HZDS) hinter sich.<sup>18</sup>

#### Vom Plan zum Markt

Neben der politischen Neuordnung war die zweite große Aufgabe nach 1989 der Umbau der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Die Ausgangsbedingungen dafür schienen in der Tschechoslowakei günstig. Traditionell war das hoch industrialisierte Land auf Außenhandel ausgerichtet. Ein wesent-

liches Ziel der Regierung in dieser Zeit war es darum, Handelskontakte zu den westlichen Nachbarn wiederzubeleben, wovon sie sich Impulse für die Modernisierung der eigenen Industrie sowie eine Verbesserung des Warenangebotes erhoffte.<sup>19</sup>

Für den Abbau der zentralen Wirtschaftslenkung war neben der Freigabe der Preise die Privatisierung des bis dahin staatlichen Eigentums der wichtigste Schritt. Der Grad der Verstaatlichung war in der Tschechoslowakei mit 97% der Wirtschaftseinheiten der höchste im europäischen Ostblock, was diese Aufgabe zu einer diffizilen Angelegenheit machte. Ab Anfang 1991 wurden zunächst kleinere und mittlere Unternehmen privatisiert, während die auf die größeren Unternehmen anzuwendende Privatisierungsmethode lange strittig blieb. Neben Standardverfahren wie Auktionen, Direktverkauf oder Übertragung an Kommunen wurde im Oktober 1991 die Privatisierung über »Kupons« eingeführt. Tschechoslowakische Staatsbürger konnten Kuponhefte mit jeweils 1000 Investitionspunkten erwerben und diese Punkte dann auf Aktien von Unternehmen setzen. Deren Wert entschied sich schließlich mittels der durch die gesetzten Punkte angezeigten Gesamtnachfrage. Wenn die Bürger mit diesem Preis einverstanden waren, konnten sie ihre Punkte in Aktien umtauschen. Das Ziel dieser Privatisierungsmethode war eine breite Streuung des Eigentums. Die Bevölkerung sollte ideell und materiell an der Transformation interessiert werden. Der Verkauf kleinster Anteile trug zudem dem Umstand Rechnung, dass kaum ein Bürger über größere Kapitalmengen verfügte.<sup>20</sup>

Das Interesse der Bevölkerung an den Kupons blieb jedoch zunächst gering, was angesichts der vagen Situation der beginnenden Transformation nicht verwundert. Diese Unsicherheit nutzten einige Geschäftemacher. Es entstanden mehr oder weniger seriös geführte Investmentfonds, denen viele Bürger ihre Kupons verkauften bzw. zur Verwaltung überließen. 74% aller Investitionspunkte landeten in der ersten Privatisierungsrunde bei solchen Fonds, die dadurch enorme wirtschaftliche Macht erwarben. In die oftmals undurchsichtigen Transaktionen waren auch Banken, die wiederum selbst privatisiert wurden, sowie der Staat, der viele Anteile behielt, verwickelt.

Für die zunehmende Verflechtung zwischen privaten Financiers und politischen Instanzen bürgerte sich der Begriff »Untertunnelung (vytunelování)« ein. Es gab auch zahlreiche Fälle, in denen diejenigen, die ihre Kupons Investmentberatern übergeben hatten, betrogen wurden.<sup>21</sup> Die Bevölkerung nahm die Privatisierung zunehmend als zweifelhaftes Unterfangen wahr. Mit Bitterkeit stellte sie fest, dass in vielen Fällen genau jene daraus Vorteile zogen, die bereits vor 1989 von Schwarzhandel und ungerechten Machtstrukturen profitiert hatten.<sup>22</sup> Laut einer Umfrage von 1993 waren 90% der Befragten unzufrieden mit dem Zustand der Moral im Land, wie er sich seit Beginn der Transformation entwickelt hatte.<sup>23</sup>

Die Kuponprivatisierung wurde Ende November 1992 für abgeschlossen erklärt. Der Anteil des Privatsektors in der Tschechoslowakei war bis dahin von 4% (1990) auf 19,5% (1992) angestiegen. Das war kein radikaler Sprung, doch darf nicht vergessen werden, dass der Grad der Konzentration in der tschechoslowakischen Industrie hoch war. Viele der Unternehmen, vor allem im stark ausgeprägten Bereich der Schwerindustrie, mussten zunächst aufgeteilt und modernisiert werden, bevor überhaupt daran zu denken war, sie privaten Financiers anzubieten. Der dadurch entstehende Rationalisierungsdruck betraf vor allem den slowakischen Landesteil. Hier zum Beispiel waren 63% der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie angesiedelt. Die neue Föderalregierung in Prag beschloss kurz nach ihrem Antritt die rasche Konversion dieser »Waffenschmiede des Ostblocks«. In der Slowakei hätten durch die konsequente Umsetzung dieses Beschlusses ganze Regionen ihre ökonomische Basis komplett verloren. Dagegen formierte sich bald schon heftiger Widerstand. Bereits ohne diese Maßnahmen lag im September 1991 die Arbeitslosenrate in der Slowakei bei 10%, während sie im tschechischen Landesteil nur 4% betrug.<sup>24</sup> Die unterschiedliche Betroffenheit von den wirtschaftlichen Maßnahmen der gemeinsamen Regierung war schließlich der Katalysator für das sich auf der politischen Ebene schon länger abzeichnende Zerwürfnis zwischen Tschechen und Slowaken.

## Das Ende der Föderation

Im Frühjahr 1990 war aus dem Staatsnamen das Attribut »sozialistisch« gestrichen und das Land zunächst in »Tschechoslowakische Föderale Republik (Československá Federativní Republika, ČSFR)« umbenannt worden. Dagegen richteten sich vehemente Proteste der Slowaken, die sich in dem Namen nicht repräsentiert fühlten. Es wurde eine Bezeichnung gefunden, die die Existenz zweier Teilstaaten deutlicher erkennen ließ: Tschechische und Slowakische Föderative Republik (Česká a Slovenská Federativní Republika, ČSFR). Aus heutiger Sicht mag das wie Wortklauberei wirken; auch ist es üblich zu betonen, die Teilung der Tschechoslowakei sei 1992 von betonköpfigen Politikern gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt worden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass es bereits eine lange Geschichte tschechisch-slowakischer Ressentiments gab, die an Punkten staatlicher Krisen in der Geschichte des Landes immer wieder von geschickten Politikern instrumentalisiert wurden. So kam es auch diesmal. Vladimír Mečiar gewann seine Anhänger, indem er selbstbewusst die slowakische Sache vertrat, und das nicht nur gegenüber den Tschechen, sondern auch auf internationaler Ebene. Er ventilierte einen neuen slowakischen Nationalismus, der geschickt eine tendenziöse Interpretation der gemeinsamen, tschecho-slowakischen Geschichte mit aktuellen Frustrationen verband. In dem ODS-Chef Václav Klaus fand er ein adäquates Gegenüber, denn auch dieser schreckte nicht vor Populismus zurück, wenn es darum ging, seine Macht auszudehnen. Im tschechischen Teil des Landes setzte sich bald die Sicht durch, dass die politisch und wirtschaftlich vermeintlich rückständigen Slowaken auf dem Weg nach Westen ein Klotz am Bein seien. Interessanterweise waren kurz nach Beginn der Transformation sowohl die Mehrheit der Tschechen (68%) als auch der Slowaken (71%) überzeugt, die Bewohner der jeweils anderen Republik genossen mehr Vorteile.<sup>25</sup>

Bereits im Juni 1990 waren erste Maßnahmen ergriffen worden, die Zuständigkeit der Föderalebene zu beschränken und die Teilrepubliken politisch zu stärken. Ein weiterer, entscheidender Schritt zur Aufteilung des Landes war die zum

Januar 1991 vollzogene Aufhebung der bis dahin üblichen finanziellen Umverteilungsmechanismen zwischen beiden Teilstaaten. Der staatliche Status quo wurde jedoch zunächst nicht angetastet, weil die Ministerpräsidenten der beiden Landesteile, Pithart und Čarnogurský, eine Zuspitzung vermeiden wollten. Eine Entscheidung brachten erst die Wahlen vom Juli 1992, aus denen ODS und HZDS als Sieger in den beiden Teilstaaten hervorgingen. Die Haltung beider Parteiführer zur Frage der staatlichen Einheit war bekannt, und insofern muss ihren Wählern klar gewesen sein, dass die Teilung des Staates nur noch eine Frage der Zeit war. Die neuen Ministerpräsidenten Klaus und Mečiar wurden sich schnell einig: Sie vereinbarten die Teilung des Staates zum 1. Januar 1993. Der letzte Premier der ČSFR, Jan Stránský, der nach den Juli-Wahlen antrat, hatte nur noch das Ende des gemeinsamen Staates zu verwalten.

### 1993 bis 1997: Ernüchterung und Krise der bürgerlichen Regierung

#### Bremsen auf dem Weg nach Europa

Im ersten Jahr der Trennung führte die Tschechische Republik die Reformprogramme weiter, die auf Föderalebene bereits in der Zeit zuvor initiiert worden waren.<sup>26</sup> Die Trennung von der Slowakei führte bei einigen wirtschaftlichen Kennziffern zu einem Sprung nach vorne.<sup>27</sup> Die tschechische Produktion verzeichnete zudem solide Wachstumsraten, und auch der Lebensstandard ging deutlich nach oben. Das Land galt im Lager der Transformationsländer zu dieser Zeit als Vorzeigebispiel. 1993 trat die Tschechische Republik dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei, 1995 wurde sie als erstes postkommunistisches Land in die OECD aufgenommen.

Im Laufe des Jahres 1996 jedoch zeichnete sich eine Trendwende ab: das Bruttosozialprodukt wuchs im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringer und die Arbeitslosigkeit stieg.<sup>28</sup> Gleichzeitig offenbarten sich die Mängel der bisher durchgeführten Privatisierung. Viele der privaten Neueigentümer hatten sich übernommen und standen vor hohen Schulden. Da die großen Gläubigerbanken teilweise noch

staatlich waren, ergaben sich bezüglich der Frage, ob sie diese Unternehmen retten sollten, zahlreiche Interessenkonflikte. Die undurchsichtigen Eigentumsstrukturen, die durch die Privatisierung entstanden waren, wurden auch im Rahmen des 1996 beginnenden Monitoring-Prozesses durch die EU-Kommission scharf kritisiert.

Dieses Monitum sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten selbst führten dazu, dass die tschechische Regierung unter Klaus die seit 1993 offiziell aufgenommenen Bemühungen zum EU-Beitritt erheblich drosselte. In Reaktion auf die Einwände der Kommission zum Wirtschaftsprogramm der ODS formierte sich in der Partei ein rasch wachsender euroskeptischer Flügel, der sich als langfristig sehr einflussreich erwies.<sup>29</sup> Die Tschechische Republik reichte schließlich erst im Januar 1996 – als das vorletzte Land unter den Kandidaten dieser Erweiterungsrunde – offiziell die Anmeldung zum Beitrittsverfahren in Brüssel ein.

#### Der Aufstieg der Sozialdemokraten

Die Euphorie des Umbruchs war in der Tschechischen Republik 1996 endgültig vorbei. Die nüchterne Bilanz, die die Bevölkerung aus der Entwicklung zog, spiegelte sich im Ergebnis der Parlamentswahlen Mitte des Jahres wider. Die bisherige Koalition von ODS, Christdemokraten/Volkspartei (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová, KDU-ČSL) und bürgerlich-demokratischer Allianz (Občanská demokratická aliance, ODA) erhielt zusammen nur noch 99 der 200 Mandate. Überraschend gut schnitten die Sozialdemokraten (Česká strana sociálně demokratická, ČSSD) ab, die den zweiten Platz belegten. Die ČSSD, die älteste Partei im Land, die nach dem Krieg mit der KSČ zwangsvereinigt worden war, hatte sich nach 1989 mühsam restrukturiert und ein Mitte-Links-Programm angenommen, das höhere Ausgaben im sozialen Bereich, den Erhalt staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums in der Wirtschaft und den Kampf gegen Umweltprobleme vorsah. Noch im Jahr 1992 war die Partei damit für breite Schichten der Bevölkerung nicht attraktiv gewesen und sie hatte bei den Wahlen nur knapp 8% erzielt. Unter Miloš Zeman,<sup>30</sup> der im Februar 1993 Parteivorsitzender wurde, schwenkte die ČSSD auf einen

offensiveren und teilweise populistischen Kurs ein. Sie wurde zum offensichtlich geeigneten Sprachrohr der Teile der Bevölkerung, die von den Resultaten der ODS-Politik enttäuscht waren.

Nach den Wahlen im Juni 1996 verfügte die ČSSD über 61 Sitze im Parlament. Präsident Havel beauftragte die ODS mit der Regierungsbildung, doch machte er die Auflage, sie müsse zukünftig in enger Absprache mit den Sozialdemokraten agieren. Dies war ohnehin für Klaus praktisch unumgänglich, denn die Mehrheit für seine Koalition war äußerst knapp. Damals begann, was sich in späteren Jahren in mehreren tschechischen Regierungen wiederholte: die mehr oder weniger erzwungene Kooperation zwischen den beiden großen Parteien, die Verwischung der Grenzen zwischen Opposition und Regierung, das Aushandeln des Abstimmungsverhalten hinter den Kulissen und die Abhängigkeit wichtiger Entscheidungen von den wechselnden und beeinflussbaren Launen einzelner Parlamentarier.

#### Das Ende der bürgerlichen Regierung

Durch das Wahlergebnis waren auch die Koalitionspartner der ODS gestärkt worden und sie präsentierten sich selbstbewusster.<sup>31</sup> Es kam zu Konflikten, die sich zum einen um Sachthemen drehten, zum anderen um Klaus' Stil und die bis in die Umbruchszeit zurückreichenden, dubiosen Machenschaften innerhalb der ODS. Mit dem »Attentat von Sarajewo« im Herbst 1997 brach schließlich die Koalition zusammen. Während Václav Klaus auf Dienstreise in Bosnien weilte, traten vier ODS- und KDU-ČSL-Minister zurück und erklärten, Klaus müsse die Verantwortung übernehmen für ungeklärte Finanzierungsmethoden innerhalb der Partei. Damit stürzte die Regierung, und Havel beauftragte, wie es zuvor mit den »putschenden« Ministern abgesprochen worden war, den parteilosen Josef Tošovský<sup>32</sup> mit der Bildung einer vorläufigen Beamtenregierung aus Vertretern der bisherigen Regierungskoalition. Sie wurde von der ČSSD unterstützt, doch deren Bedingung dafür waren Neuwahlen im kommenden Jahr.

Klaus aber überlebte den Fall, der zunächst so tief erschien. Ein paar laue Erklärungen reichten, damit seine Partei ihm verzieh und ihn im Dezember

des Jahres triumphal als Vorsitzenden bestätigte. Es waren seine Kritiker, die die ODS verlassen mussten.<sup>33</sup>

### 1998 bis 2004: Innenpolitische Ränkeschmiede und außenpolitischer Erfolg

#### Die Zeit des »Oppositionsvertrags«

Im Juni 1998 fanden Neuwahlen statt, aus denen erwartungsgemäß die ČSSD mit 32,5% als stärkste Fraktion hervorging. Die ODS wurde mit 27,7% Zweiter.<sup>34</sup> Miloš Zeman nahm Regierungsverhandlungen auf, die sich als äußerst zäh erwiesen. Persönliche Animositäten spielten dabei eine größere Rolle als politischer Sachverstand oder Pragmatismus. Der Vorsitzende der durch Abspaltung von der ODS entstandenen Freiheitsunion (Unie svobody, US), Jan Ruml, weigerte sich strikt, mit der als zu links empfundenen ČSSD zu koalieren. Die von dieser geplante Koalition mit der KDU-ČSL wäre aber zu schwach, d.h. auf die ständige Tolerierung der Kommunisten angewiesen gewesen. Dies Unterfangen schien Zeman zu heikel. Václav Klaus sah sich keineswegs als Verlierer der Wahl und mischte bei den Verhandlungen kräftig mit. Er wollte unbedingt eine Beteiligung des ihm verhassten Ruml an der Regierung verhindern. Zudem fürchtete er, dass eine ČSSD-geführte Regierung wahr machen würde, was sie im Wahlkampf vollmundig versprochen hatte: eine als Aktion »saubere Hände (čisté ruce)« angekündigte Aufklärung der politischen Machenschaften rund um die Privatisierung. So kam es schließlich zu einer Einigung, die im Gegensatz zu dem stand, was der Wahlkampf weidlich ausgeschlachtet hatte: dem tiefen Graben zwischen den beiden großen Parteien. Diese schlossen nämlich miteinander den »Oppositionsvertrag (opoziční smlouva)« ab, der den Sozialdemokraten, die offiziell alleine regieren würden, die Unterstützung der ODS im Parlament zusicherte. Der Vertrag neutralisierte also de facto die demokratische Funktion der Opposition; darüber hinaus verhöhnte er offen die Wähler, die zuvor einen ausgesprochen aggressiven und von persönlichen Attacken durchsetzten Wahlkampf über sich hatten ergehen lassen müssen. Das Befremden nahm noch zu, als deutlich wurde, dass die von den Sozialde-

mokraten angekündigte Aufklärung der Vorgänge der ersten Transformationsphase ausbleiben würde. Stattdessen erlebte das Land, wie die ČSSD in rascher Folge alle wichtigen Posten in öffentlichen Institutionen, staatsnahen Wirtschaftsunternehmen und Medien mit Sympathisanten und Günstlingen besetzte – mit Duldung der ODS, die in den Jahren zuvor dasselbe gemacht hatte.<sup>35</sup>

Ein Tiefpunkt des Vertrauens der Bürger in die politische Elite war Ende des Jahres 1999 erreicht. Eine Reihe von Kabinettsmitgliedern musste wegen Skandalen, Spitzelaffären und Erpressung zurücktreten, einige wurden sogar verhaftet. Trotz des »Oppositionsvertrags« betrieb die ODS eine obstruktive Politik, die unter anderem zur Blockierung des Haushaltsbeschlusses für das Jahr 2000 führte. Im November 1999, also zehn Jahre nach der »Samtenen Revolution«, die den Kommunismus zu Fall gebracht hatte, war Umfragen zufolge die kommunistische Partei in Tschechien die beliebteste. Zum zehnjährigen Jahrestag der revolutionären Ereignisse von 1989 organisierten Studentenführer von damals Proteste unter dem Motto: »Wir danken, tretet ab! (Děkujeme, odejděte!)« Eine entsprechende Proklamation unterschrieben in kurzer Zeit mehr als 170 000 Personen. Die Regierung tat die Initiative als »kindisch« ab.<sup>36</sup>

#### Auf dem Weg in die EU

Allmählich stieg in der ČSSD jedoch das Unwohlsein mit dem rüpelhaften Stil von Miloš Zeman. Er wurde dafür verantwortlich gemacht, dass die Popularität der Partei deutlich sank. Nach massiver Kritik aus den eigenen Reihen verzichtete Zeman schließlich im April 2001 auf das Amt des Parteivorsitzenden zu Gunsten des etwas farblosen, aber betont sachlich auftretenden Vladimír Špidla.<sup>37</sup> Ihm traute man auch eher zu, die anstehenden Abschlussverhandlungen zum EU-Beitritt würdig zu managen.

Die Wahlen im Juni 2002 gewann die ČSSD (30,2%) vor der ODS (24,5%) und der glänzend abschneidenden KSČM (18,5%). Den »Oppositionsvertrag« fortzusetzen oder eine von den Kommunisten tolerierte Minderheitsregierung kam für Špidla nicht in Frage. Václav Klaus zog sich nach den Wahlen als ODS-Vorsitzender zurück und

verfolgte seinen Plan, der nächste Staatspräsident zu werden. Špidla bildete zusammen mit dem als »Koalice« angetretenen Bündnis aus Christdemokraten (KDU-ČSL) und der Freiheitsunion (seit 2001 als US-DEU) eine Regierung. Sie hatte im Parlament zwei Sitze mehr als die Oppositionsparteien ODS und KSČM zusammen, die sich, trotz aller feindlichen Rhetorik, in der Praxis mehrfach recht gut einigen konnten. Neben der knappen Mehrheit machten aber auch Spannungen innerhalb der Koalition das Regieren schwierig. Offensichtlich wurde ihre schlechte Koordinierung bei den Präsidentenwahlen im Februar 2003, als ČSSD und Koalice sich nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen konnten und Václav Klaus, der Kandidat der ODS, im dritten Wahlgang auch mit Stimmen aus den Regierungsparteien gewählt wurde.

Was die politischen Geschäfte in der Tschechischen Republik in dieser Zeit jedoch positiv beeinflusste, war der Endspurt in die EU. Zwar wurden seit dem Ende des »Oppositionsvertrags« die euroskeptischen Stimmen in der ODS wieder lauter, doch hatte sie vor 2002 wesentliche Schritte in Richtung Beitritt mitgetragen. Grundlage dafür war das im Januar 2000 den »Oppositionsvertrag« ergänzende »Toleranzpatent (toleranční patent)«, in dem u. a. eine zielgerichtete legislative Zusammenarbeit der Abgeordneten in Hinblick auf die Beitrittsvorbereitungen festgelegt wurde. In der Zeit der sozialdemokratischen Regierung (mit und ohne »Oppositionsvertrag«) wurden einige Maßnahmen umgesetzt, die die EU-Kommission als Voraussetzungen für den Beitritt formuliert hatte. Dazu zählten die lange geplante Verwaltungsreform, eine Verfassungsnovelle zur Rangfolge zwischen nationalem und EU-Recht sowie die weitere Privatisierung der Banken und der großen Staatsunternehmen.<sup>38</sup>

Im Dezember 2002 schließlich wurden auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen die Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik und den anderen Kandidaten formal abgeschlossen. Nun stand die tschechische Regierung vor der Aufgabe, das Plazet der eigenen Bevölkerung einzuholen. Dies sollte auf dem Wege eines Referendums geschehen. Bereits 1999 war eine Medien- und Kommunikationsstrategie entwickelt worden, um die Bürger der Tschechischen Republik über

die EU zu informieren.<sup>39</sup> Diese wurde aber nur schlecht angenommen. Noch im Oktober 2002 erklärten in einer Befragung lediglich 19%, dass sie sich »sehr« für den EU-Beitritt ihres Landes interessierten.<sup>40</sup> Die geringe Anteilnahme der Bevölkerung erwies sich letztlich als Glück für die Regierung. Denn die meisten Gegner des Beitritts blieben zum Referendum im Juni 2003 einfach zuhause. Bei einer Wahlbeteiligung von 55,2% stimmten 77,3% für den Beitritt der Tschechischen Republik in die Europäische Union. Die Regierung feierte dies Ergebnis zwar als Erfolg, doch die Umstände, dass sich 23% der Wähler gegen den Beitritt ausgesprochen und zudem ein Großteil der Bürger keinerlei Interesse gezeigt hatte, machten deutlich, dass das Thema EU in der Tschechischen Republik noch kein Happy End gefunden hatte.

## 2004 bis 2009: Die Tschechische Republik in der EU

### Sozialdemokratische Debakel

Dass die tschechische Bevölkerung der EU kritisch gegenüberstand, offenbarte sich bereits sechs Wochen, nachdem an der Neißة die Regierungschefs von Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik gemeinsam die europäische Flagge gehisst hatten. Bei den tschechischen Wahlen zum Europäischen Parlament Mitte Juni 2004 erreichten die Sozialdemokraten 8,8% der Stimmen. Als klarer Sieger ging mit 30% die ODS hervor, einen guten zweiten Platz belegten die (europaskeptischen) Kommunisten mit 20,3%. Die Wahlbeteiligung lag bei traurigen 27,9%.

Für beides, sowohl das geringe Interesse der tschechischen Bürger als auch das katastrophale Ergebnis der Sozialdemokraten, machte die ČSSD den Parteivorsitzenden und Premier Špidla verantwortlich. Dieser erklärte kurz darauf seinen Rücktritt, und Präsident Václav Klaus beauftragte den von der Partei als Nachfolger benannten Stanislav Gross<sup>41</sup> mit der Bildung einer neuen Regierung. Dieser blieb auf Grund seiner zweifelhaften Einstellung zu Finanzfragen eine negative, aber eher kurze Episode in der tschechischen Politik. Im Frühjahr 2005 trat er wegen schwerer Betrugsvorwürfe zurück.

### Der ungewählte Premierminister

Den Posten als Regierungschef übernahm daraufhin Jiří Paroubek.<sup>42</sup> Ihm wurde die Aufgabe zuteil, die Partei bis zu den für Juni 2006 angesetzten Wahlen aus dem Popularitätstief herauszuführen. Paroubek orientierte sich in seinem politischen Stil an dem von Miloš Zeman und scheute nicht vor Polemik und Polarisierung zurück. Er stärkte das außenpolitische Profil der Partei und setzte in innenpolitischen Fragen neue, deutlich linke Akzente. Dabei ging er zeitweise so weit, eine Koalition mit den Kommunisten als Möglichkeit zu erwägen. Zwar stellte er dafür nahezu unerfüllbare Bedingungen, nämlich dass sich die KSČM von ihrer Vergangenheit distanzieren und ihr volles Einverständnis mit der EU- und NATO-Mitgliedschaft erklären müsse. Auch widerrief er sein Koalitionsangebot kurz vor den Wahlen im Juni 2006 aus – wie er sagte – moralischen und wirtschaftlichen Gründen. Dennoch setzte er eine Reihe von Vorhaben im Parlament mit der Unterstützung der KSČM durch. Dies war kein Novum in der tschechischen Politik, doch mit seiner kurzzeitigen Erwägung, die »Schmuddelkinder« ins Haus zu holen, hatte er einen Tabubruch begangen, den ihm große Teile der Bevölkerung nie verziehen.<sup>43</sup> Der zweite Fehler, der das Ansehen Paroubeks nachhaltig beschädigte, war das von ihm abgesegnete und auch im Nachhinein rückhaltlos verteidigte, brutale Vorgehen der Polizei gegen das Free-Techno-Event Czechtek in Westböhmen. Durch seine zudem äußerst abfälligen Bemerkungen über die Besucher dieser Veranstaltung verursachte er für die ČSSD einen langfristigen Schaden bei den jüngeren Generationen. Paroubek wurde für viele Tschechen unter 40 eine regelrechte Hassfigur, die seitdem auf Internetseiten, bei Veranstaltungen und auf Aufklebern und Plakaten bis ins Persönliche hinein geschmäht wird.

Dieser innenpolitisch negative Ausklang der sozialdemokratischen Regierungszeit überschattete in der öffentlichen Wahrnehmung einige wirtschaftliche Erfolge dieser Phase. Das Land verzeichnete durchgehend steigende Wachstumsraten bei einer gleichzeitig niedrigen Inflationsrate.<sup>44</sup> Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf näherte sich dem EU-Durchschnitt an und die Arbeitslosigkeit sank unter diesen.<sup>45</sup> Einen entscheidenden Anteil an der Aufwärtsentwicklung

hatte die Integration, die die Öffnung des tschechischen Marktes für ausländische Unternehmen und die Ankurbelung des Außenhandels bewirkt hatte.<sup>46</sup> Im Jahr 2007 gingen 80% aller tschechischen Exporte in die Länder der EU-27 und 75% aller Importe kamen von dort. Auch die Qualität und damit der Wert der tschechischen Ausfuhren waren in diesen Jahren beträchtlich gestiegen. Das Land exportierte nun hauptsächlich Maschinen und Fahrzeuge, während es Rohstoffe und Chemikalien importierte.

#### Erneut: eine labile Regierung

Die wirtschaftliche Prosperität spielte jedoch im Megawahlkampf 2006 – in dem Jahr wurden nicht nur beide Kammern des Parlaments, sondern auch die Kommunalverwaltungen gewählt – eine untergeordnete Rolle. Stattdessen erlebten die Tschechen erneut eine regelrechte Schmutzkampagne. Die ČSSD trat mit gefälschten ODS-Plakaten an, die ODS mit unbewiesenen Pädophilievorwürfen gegen Paroubek. Wie gespalten das Land war, zeigte schließlich auch der knappe Ausgang der Wahlen. Die ODS erhielt 35,4% und die ČSSD 32,3% der Stimmen.<sup>47</sup> Nachdem Paroubek in einer ersten Stellungnahme den Sieg der ODS mit dem kommunistischen Putsch von 1948 verglichen hatte, erklärte er schließlich doch, die Sozialdemokraten in die Opposition führen zu wollen.<sup>48</sup> Dennoch hatte der ODS-Chef, Mirek Topolánek,<sup>49</sup> größte Schwierigkeiten, eine parlamentarische Mehrheit zusammen zu bekommen. Seine Wunschkoalition brachte es nur auf 100 Sitze, genau so viele wie ČSSD zusammen mit der KSČM hatten. Erst zwei Abweichler aus den Reihen der ČSSD machten im Januar 2007, also sieben Monate nach der Wahl, den Weg frei für eine Regierung aus ODS, KDU-ČSL und den Grünen. Doch das weitere Regieren unter diesen fragilen Mehrheitsverhältnissen glich einem Akt auf dem Drahtseil und wurde von der Bevölkerung äußerst kritisch beobachtet. Das heikle Thema der Stationierung amerikanischer Radaranlagen bescherte der Regierung bereits Ende 2007 erste Tiefs in Umfragen.<sup>50</sup> Für die seit langem geplante, doch ebenfalls mehrheitlich vehement abgelehnte Reform des Gesundheitswesens wurde die Regierung bei den Bezirks- und Senatswahlen 2008 abgestraft. Dazu kamen Skandale und hausgemachte Probleme innerhalb der Regierung:

Topoláneks öffentlich ausgetragener Streit mit seiner Ehefrau, sein Festhalten an dem von Korruptions- und Betrugsvorwürfen behafteten Minister für Regionalentwicklung Jiří Čuněk, die mit diesem Fall verbundene offensichtliche Beeinflussung der Justiz und der Medien, die zunehmenden Streitereien mit Václav Klaus, der schließlich im Dezember 2008 den Ehrenvorsitz der ODS niederlegte. Zu dieser Zeit wurden auch zwei ODS-Abgeordnete abtrünnig und kündigten die Fraktionsdisziplin auf. Schließlich kamen Anfang 2009 noch interne Querelen beim grünen Koalitionspartner hinzu, die der Regierung zwei weitere Abweichler bescherten.

Seit Antritt der Regierung Topolánek hatte die Opposition vier Misstrauensvoten initiiert, die jedoch gescheitert waren. Obgleich sie versprochen hatte, während der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft einen »Burgfrieden« einzuhalten, versuchten es die Sozialdemokraten im März 2009 erneut – und hatten, wohl zu ihrer eigenen Überraschung, Erfolg.

#### War's die Wirtschaft?

Über die Gründe, warum der Misstrauensantrag diesmal durchkam, ist viel spekuliert worden. Neben einigen politischen Verschwörungstheorien wird immer wieder auf die im Vorfeld zahlreich geäußerten Befürchtungen verwiesen, die Regierung verfüge nicht über die nötige Wirtschaftskompetenz, den drohenden Folgen der internationalen Finanzkrise auf die Tschechische Republik angemessen zu begegnen.<sup>51</sup> In der Tat waren einige davon im Frühjahr 2009 zu spüren, was angesichts der hohen Außenhandelsabhängigkeit des Landes nicht verwundert. Die Nachfrage nach tschechischen Exportgütern wie Maschinen und Fahrzeugen brach ein, was einen Rückgang der Industrieproduktion und den Anstieg der Arbeitslosenrate verursachte.<sup>52</sup> Betrachtet man jedoch die Situation des Landes im Sommer 2009, scheint es nicht so, als hätte die Regierung Topolánek zuvor schlechte Arbeit geleistet. Denn bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern stand das Land im Vergleich besser da als viele seiner europäischen Nachbarn. Seine negative Wachstumsrate von -3,4% lag deutlich unter dem EU-Durchschnitt,<sup>53</sup> die Staatsverschuldung war mit 30% des Bruttoinlandsproduktes 2008 relativ niedrig. Dies lässt

sich vor allem auf die konservative Politik der tschechischen Banken in den vergangenen Jahren zurückführen, bei der unsichere Kredite und die in der Finanzkrise zu Berühmtheit gelangten »toxischen Papiere« kaum eine Rolle spielten. Auch der Anteil von Krediten in Fremdwährung am Staatshaushalt war vergleichsweise gering.<sup>54</sup> Diese durchaus stabile wirtschaftliche Grundlage der Tschechischen Republik hatte sich nicht zuletzt deshalb herausbilden können, weil es im ökonomischen Bereich zwischen den Parteien über die Jahre gewissen Konsens und damit auch eine Kontinuität der Entwicklung gegeben hatte. Eine solche war hingegen auf der politischen Ebene durch die bitteren Streitereien nachhaltig verhindert worden.

## Die Tschechische Republik heute

### Der Stand der Dinge

Die polarisierte politische Szene findet ihr Spiegelbild in der tschechischen Gesellschaft. In einer Meinungsumfrage vom April 2009 erklärte knapp die Hälfte der Befragten, mit dem Sturz der Regierung Topolánek einverstanden zu sein. Die Gründe, die sie dafür nannten, waren jedoch diffus. Die meisten gaben eine »allgemein schlechte« Einschätzung der Regierung an, griffen aber keinen der angebotenen konkreten Punkte wie Affären, mangelhaftes Management der Wirtschaftskrise oder Schwäche der Regierung auf.<sup>55</sup> Das Misstrauensvotum selbst hat wiederum die ČSSD eine ganze Reihe von Stimmen gekostet, und es ist fraglich, ob sie diese bis zu den nächsten Wahlen wieder einholen können. Umfragen vom Juni 2009 deuten jedenfalls erneut ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien an. Es droht also über die kommenden Wahlen hinaus die Fortsetzung dessen, was in der Tschechischen Republik schon seit 1996 das politische Geschehen prägt: wackelige Mehrheiten, die immer wieder mühsam ausgehandelt werden müssen, die Korruption und Unterdrückung Tür und Tor öffnen und wichtige Reform- und Modernisierungsschritte verhindern. Im Folgenden werden nur einige der zahlreichen Felder genannt, auf denen wichtige Herausforderungen warten.

### Die müde Zivilgesellschaft

Eine der schwierigsten Aufgaben der zukünftigen Regierung wird es sein, die tschechische Bevölkerung für die politischen Eskapaden der letzten Jahre zu entschädigen und sie erneut für politische Fragen zu interessieren. Der Prozess der Ernüchterung über das demokratische System bei der Bevölkerung setzte bereits im Verlauf der »Samtenen Revolution« ein. Die Dissidenten verhandelten die Regierungsfrage mit der KSČ und schließlich unter sich und setzten die »Macht der Straße« lediglich als Druckmittel ein. Auch die anschließenden politischen und wirtschaftlichen Verteilungskämpfe fanden weitestgehend unter Ausschluss der breiten Bevölkerung statt. Diese vertraute zunächst, doch stieg das Gefühl, ausgeschlossen und schließlich betrogen worden zu sein. Sie beobachtete mit wachsender Verdrossenheit, was »die da oben« aus der neuen Zeit machten. Viele Bürger kapselten sich vom politischen Geschehen ab und verzichteten darauf, die öffentliche Sphäre für eigene Aktivität zu nutzen. Die Wahlbeteiligung und die explizit formulierte Zufriedenheit mit dem politischen System gingen nach 1990 deutlich zurück.<sup>56</sup> In den letzten Jahren hat auch die gesellschaftliche Aktivität in der Tschechischen Republik signifikant nachgelassen.<sup>57</sup> Die Zahl eingetragener zivilgesellschaftlicher Organisationen im Land ist zwar angestiegen, doch sind sie überwiegend klein und vertreten klar begrenzte, oftmals eher private Anliegen. Ein Großteil der Akteure ist gleich in mehreren solchen Organisationen tätig, während die Mehrheit der Bevölkerung ihnen skeptisch gegenüber steht. In dieser zunehmenden Gleichgültigkeit und Passivität liegt die Gefahr gesellschaftlicher Provinzialisierung. Anstatt diese Tendenz zu bekämpfen, befördert sie die politische Elite noch. Denn die strikte Trennung von Herrschenden und Beherrschten macht das Regieren für sie bequem. Sie sehen eine aktive Zivilgesellschaft nicht als moderne Ergänzung und Korrektiv zur staatlichen Politik, sondern als unerwünschte Konkurrenz.<sup>58</sup>

Punktuell wird dieser tiefe Graben zwischen Politik und Bevölkerung durch öffentliche, anarchische Aktionen Einzelner durchbrochen. Hierbei treten zumeist skurril kostümierte oder auch nackte Menschen auf, die Politiker an ihre Sünden oder

unflätigen Sprüche der Vergangenheit erinnern. Bei der tschechischen Bevölkerung werden solche Interventionen, hinter denen zumeist Künstler oder Studenten stecken, wohlwollend als »recese« bezeichnet, was etwa als »Aufmüpfigkeit« übersetzt werden kann, und sie gelten als Reminiszenzen auf Schwejks Schelmenstücke. Damit werden sie auch in die Tradition des tschechoslowakischen künstlerischen »Undergrounds« der 1970er und 1980er Jahre gerückt. Man darf jedoch nicht übersehen: der Untergrund war per se politisch, weil seine Akteure Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt waren und sie keine anderen Ausdrucksmöglichkeiten hatten. In einer demokratischen und emanzipierten Gesellschaft sind solche Aktionen vielleicht bereichernd, jedoch ist fraglich, ob sie als Ersatz für politisches Handeln der Zivilbevölkerung ausreichen.

#### Korruption und Beeinflussung

Die Tschechische Republik hat sich immer »dem Westen« zugehörig gefühlt, zu dessen Selbstbild ein rationaler und funktionaler Umgang mit Macht gehört. Im Widerspruch dazu hat sich im Zuge der »Samtenen Revolution« sowie in der anschließenden Transformation erneut – wie auch schon in der kommunistischen Endphase – eine politische Praxis herausgebildet, die stark nepotistische Züge trägt. Dazu gehört auch die in der politischen Elite über Parteigrenzen hinweg weit verbreitete Tendenz, anderen Teilbereichen des gesellschaftlichen Systems wie Medien, Justiz oder auch dem Sicherheitsapparat keine eigene Funktionalität zuzurechnen. Stattdessen ist unter Politikern der Tschechischen Republik, ähnlich wie auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, die Ansicht weit verbreitet, diese Bereiche hätten den Bedürfnissen der Regierung zu dienen. Die Folge sind zahlreiche Fälle von politischer Einflussnahme auf Personalentscheidungen und Prozesse innerhalb dieser Institutionen. Hohe Ämter in den staatlichen Medien, der Justiz oder bei Polizei und Geheimdienst wurden und werden immer wieder zum Gegenstand politischer Händel. Die sich hier vollziehenden ständigen Personalveränderungen verhinderten, dass ein institutionelles Gedächtnis entstehen konnte, das eigenständige und effektive Abläufe der Arbeit erleichtern würde und dieser auch mehr Souveränität gegenüber politischer Einwirkung geben könnte.

Die Einflussnahme der Politik auf die Justiz wurde schon im Monitoring der EU-Kommission immer wieder kritisiert, doch ist das Problem bis heute nicht gelöst. Den Tiefpunkt in Bezug auf unseriöse Machenschaften, in die Politiker involviert waren, stellt die Spätzeit des »Oppositionsvertrags« dar. Nach dem Ranking von »Transparency International« erreichte die Tschechische Republik im Jahr 2001 bei einem Index, der einem »korruptionsfreien« Staat zehn Punkte zuordnet, 3,9 Punkte. Zwar konnte dieser Wert bis 2007 auf 5,2 verbessert werden, doch sind im Land bis heute noch unzählige, zum Teil aus der Zeit unmittelbar nach der »Samtenen Revolution« stammende Skandale und Affären ungeklärt. In zahlreichen Fällen – und es geht hier nicht nur um Bestechung oder Steuerhinterziehung, sondern um Millionenbetrügereien und auch Morde – sind Spitzenvertreter der Parteien involviert, ohne dass diese bislang ernsthafte Konsequenzen zu fürchten hatten.<sup>59</sup> Im Land fehlt auch ein »Rücktrittsethos«, das Politiker dazu bewegen könnte, auf ihre Funktionen zu verzichten, weil schon ein hartnäckiger Verdacht ihre Glaubwürdigkeit einschränkt oder die Würde des Amtes beschädigt. In der tschechischen politischen Rhetorik, vor allem zu Zeiten von Wahlkämpfen, werden zwar immer wieder lautstark Rücktritte und Ablösungen beim politischen Gegner verlangt. Hinter den Kulissen aber ist nach wie vor das Prinzip des »Tust-Du-mir-nichts-tu'-ich-Dir-auch-nichts« weit verbreitet. Die Bevölkerung hat diese Doppelzüngigkeit längst durchschaut und zweifelt zunehmend an der Fähigkeit der Politik, jenseits der vordergründigen Streits echte Probleme anzugehen.

#### Der ungeklärte Umgang mit der Vergangenheit

Die gegenseitige Duldung von Fehlern unter Politikern bzw. die Bereitschaft, diese zu übergehen, sofern man selbst etwas dafür bekommt, hatte sich bereits im Herbst und Winter 1989 angekündigt und führte – entgegen aller Rhetorik – zu einem letztlich milden Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit. Dieser blockiert bis heute eine systematische und offene Aufarbeitung der Zeit vor 1989.

In der Tschechischen Republik ist man zwar sehr stolz darauf, dass es in Bezug auf den Kommunismus offiziell keinen »Schlussstrich« gegeben habe,

sondern die Aufarbeitung offensiv angegangen worden sei.<sup>60</sup> Als entscheidender Schritt in diese Richtung gilt das Lustrationsgesetz von 1991, das Personen, die vor 1989 Funktionsträger gewesen waren, zunächst für fünf Jahre aus Politik und Verwaltung ausschloss. Der Elitenwechsel, den es einleitete, war jedoch ein oberflächlicher und hatte vor allem symbolischen Charakter. Er erlaubte es den nach der Lustration »übrig« gebliebenen Politikern, sich als legitimiert anzusehen. Von den negativ beschiedenen Personen hingegen gelangten viele in andere Bereiche, vor allem in die Wirtschaft, und konnten dort auch nach 1989 erfolgreich wirken – und dies, obwohl die sich kämpferisch antikommunistisch gebende ODS an der Macht war. In der Literatur kursiert eine Schätzung, nach der noch 1996 der Anteil ehemaliger Kommunisten an der tschechischen Funktionseleite mehr als 30% betrug.<sup>61</sup>

Darüber wurde jedoch nicht gesprochen. Stattdessen wurde per Gesetz die Rechtswidrigkeit des Kommunismus beschlossen und es obsiegte eine Interpretation, nach der das kommunistische System als etwas von außen (durch die Sowjetunion) installiertes und dem »eigentlich demokratischen« tschechischen Wesen Fremdes angesehen wurde. Erinnerung war lange Zeit auf die Opfer des Regimes konzentriert, zu deren Rehabilitierung und Restituierung ebenfalls noch in den frühen 1990er Jahren die rechtlichen Grundlagen geschaffen wurden. Mitte des Jahrzehnts wurde auch begonnen, Akten der Staatssicherheit für die Bürger zugänglich zu machen, wodurch die Existenz tschechoslowakischer Täter in das öffentliche Bewusstsein rückte. In die Medien kamen überwiegend drastische, vor allem mit Tod verbundene Fälle. Um Aufsehen zu erregen, verzichteten Journalisten oftmals auch auf die vorherige Prüfung der Dokumente. Reihenweise wurden zum Beispiel Namensverzeichnisse angeblicher ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes publiziert, ohne dass zuvor geklärt war, wie diese Listen zustande gekommen waren. Zur strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung kam es hingegen nur in wenigen Fällen ganz hoher Funktionäre.

Einen entschiedenen und erstmals von der Politik aktiv unterstützten Schritt in die Richtung einer systematischen Aufarbeitung des tschechoslowakischen Systems sollte die Gründung des »Instituts

zur Erforschung totalitärer Regime (Ústav pro studium totalitních režimů)« im August 2007 darstellen.<sup>62</sup> Doch die klare politische Beauftragung der Einrichtung und die ihr zu Grunde gelegte, dadurch offiziell »abgesegnete« Zusammenfassung von Faschismus und Kommunismus als »die Totalitarismen« des 20. Jahrhunderts sorgten von Beginn an für heftige Kontroversen, die dem Ansehen der Institution nachhaltig geschadet haben. Die personelle Ausstattung und auch die Qualität der bisherigen Arbeit überzeugen zudem noch nicht.

In den letzten Jahren lässt sich eine andere Tendenz in der Beschäftigung mit der kommunistischen Zeit beobachten, die besonders von jüngeren Journalisten und Publizisten in die Öffentlichkeit getragen wird. Auch hier geht es um die spektakuläre Enthüllung von zumeist prominenten Einzelfällen, jedoch stecken dahinter weniger politische Kalküle als ein Generationenstreit.<sup>63</sup> Für viele der heute 30- bis 40jährigen Tschechen waren die Protagonisten von 1968, die Generation ihrer eigenen Väter, tragische Helden, deren Leistung in der »Normalisierung« beschwiegen, also nie wirklich gewürdigt, aber auch nie weiter analysiert wurde. Erst nach 1989 begann man wieder öffentlich über den »Prager Frühling« zu sprechen, wobei nun kritisch hervorgehoben wurde, dass seine Protagonisten das kommunistische System ja nicht hatten abschaffen wollen und sie zudem in den 1950er Jahren tatkräftig beim Aufbau des Sozialismus mitgewirkt hatten. Personen wie Pavel Kohout, Jiří Pelikan oder Milan Kundera waren in diesen frühen Jahren begeisterte Kommunisten und sie gingen dafür so weit, vermeintliche Gegner zu verraten und einer Bestrafung zuzuführen. Dadurch, dass sie 1968 selbst zum Opfer wurden, vergaßen sie wohl, über ihre »Jugendsünden« zu sprechen. Diese werden erst heute offen thematisiert. Die Generation ihrer Söhne und Töchter fühlt sich von dem jahrzehntelangen Schweigen der 1968er betrogen und sie räumen nun umso wütender mit den alten Legenden auf.

Aus der westeuropäischen Erfahrung weiß man, dass der Furor des Generationenbruchs zwar ein effektiver Ausgangspunkt für Vergangenheitsbewältigung sein kann, die wahre Arbeit aber dann erst kommt. Auch diese Enthüllungsgeschichten

können nicht die differenzierte und breit angelegte Aufarbeitung des kommunistischen Regimes und der vielfältigen Haltungen, mit dem ihm die tschechoslowakische Gesellschaft begegnete – von Kollaboration, Mitläufertum bis hin zum Dissent – ersetzen.

#### Die fehlende Verbindung von Innen- und Außenpolitik

Ein weiterer problematischer Aspekt der heutigen politischen Kultur in der Tschechischen Republik ist der geringe Stellenwert, den außen- und speziell europapolitische Positionen sowohl bei den Politikern als auch in der Bevölkerung haben. Dies wurde beim Regierungssturz im März 2009 erneut offensichtlich. Noch beunruhigender als das kurz-sichtige Verhalten der Parteiführer war aber die Gleichgültigkeit, mit der viele Tschechen auf dieses außenpolitische Debakel reagierten. Mehr als ein Drittel der Befragten äußerte in einer Umfrage vom April 2009 die Ansicht, dass der Sturz der Regierung keinerlei Einfluss auf die tschechische EU-Ratspräsidentschaft haben würde.<sup>64</sup> Diese Annahme kann nicht anders als mit einem gewissen Autismus erklärt werden: es fehlt offenbar die gedankliche Verbindung zwischen »Innen« und »Außen«. Obgleich die Tschechische Republik ihre Transformation 1989 explizit als »Rückkehr nach Europa« antrat und dabei durchaus erfolgreich war, fühlt sich die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht irgendwo angekommen, sondern verharrt gedanklich im Rahmen des Nationalstaates. Mehr noch: das davon Äußere, die Welt jenseits der eigenen Staatsgrenzen, wird als Quelle negativer Einflüsse konstruiert.

Die tendenzielle Fixierung auf den Nationalstaat lässt sich auch in anderen Ländern Ostmitteleuropas beobachten und ist sicher ein Erbe des raschen Transformationsprozesses.<sup>65</sup> In der Tschechischen Republik kommt noch die kollektive Selbstinszenierung als »kleines Volk« hinzu, die sich auf eine bestimmte Interpretation historischer Erfahrungen stützt. Mehrfach in der Geschichte – im Habsburger Reich, beim Münchener Abkommen 1938, 1968, im sozialistischen Wirtschaftsverband Comecon – hätten die Tschechen die Erfahrung machen müssen, dass sie als »kleines Land« den Zielen größerer Nachbarn untergeordnet worden seien und

ihre staatliche Souveränität unter Druck von außen hätten aufgeben müssen. Diese Elemente des kollektiven Gedächtnisses sind in weiten Teilen der Bevölkerung sehr präsent und werden bei entsprechenden Ereignissen aktiviert. Ein solches Ereignis war beispielsweise die internationale Finanzkrise. Von nationalen Agenturen im März 2009 befragt, ob ihre Arbeitsstelle negativ von der Finanzkrise betroffen sei, antworteten 26,9% der Befragten ungarischen Staatsbürger mit »Ja«, 39,2% der Slowaken, 41,4% der Polen – und 47,3% der Tschechen. Obwohl das Land im Vergleich wirtschaftlich deutlich besser als seine Nachbarn stand, war hier der Eindruck, Opfer negativer äußerer Einflüsse zu sein, am stärksten ausgeprägt. Unmittelbar verbunden mit dieser Furcht vor der Finanzkrise war bei den befragten Tschechen auch die Ablehnung weiterer Schritte zur Öffnung ihres Landes und zur stärkeren Integration in die EU. Während vor dem Hintergrund der oben genannten Frage nur 24,9% der Ungarn und 38,2% der Polen die Einführung des Euro »eher« oder »entschieden« ablehnten, waren es bei den Tschechen 47%.<sup>66</sup>

Abgesehen von diesen Abwehrreflexen gegenüber der europäischen Integration, die in krisenhaften Momenten hervorgerufen werden, überwiegt bei den Tschechen das Desinteresse gegenüber der EU. Das zeigt bereits der äußerst geringe Stellenwert, den die Europa-Wahlen hier haben.<sup>67</sup> Auch das explizit bekundete, positive Interesse an der EU ist seit vielen Jahren rückläufig. Eine Ausnahme stellte die kurze Phase zwischen Ende 2008 und März 2009 dar, also die Zeit vom Anfang der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft bis zum Sturz der Regierung Topolánek. Ab Ende des ersten Quartals 2009 ging das Interesse aber rasch und deutlich zurück.<sup>68</sup> An seine Stelle trat, das zeigen Umfragen ebenfalls, das erneut wachsende Gefühl, eigentlich nicht genug über die EU informiert zu sein. Angesichts der schon vor dem Beitritt begonnenen und mit der Vorbereitung zur tschechischen Ratspräsidentschaft erneut angekurbelten Informations- und Werbekampagne kann man diesen weit verbreiteten Eindruck nicht anders als individuelle Versäumnisse interpretieren. Jedoch darf nicht übersehen werden, wie viel Frustration und auch Verzweiflung im Gefühl der geringen Informiertheit steckt. Es signalisiert die Ohnmacht, die offensichtlich viele Bürger

angesichts des großen und komplexen Gebildes EU erfüllt und die punktuell in eine Art kindliche Resignation umzukippen scheint. Im Mai 2009 erklärten in einer Umfrage 55% der Befragten, dass das Land, das den EU-Ratsvorsitz innehat, die Union ohnehin nicht signifikant beeinflussen könne. Der Trotz hinter dieser Aussage ist nicht zu übersehen.

Als Ursachen für den geringen Stellenwert des europäischen Umfelds bei der tschechischen Bevölkerung lässt sich zum einen die bereits angesprochene Abkehr vom politischen Geschehen, die einer breiten Sehnsucht nach privater Ruhe und Überschaubarkeit Platz gemacht hat, vermuten. Die säuberliche Trennung von »Innen« und »Außen« ist zudem etwas, auf das man bereits in der kommunistischen Tschechoslowakei peinlich genau geachtet hat. Zum anderen liegt hier eindeutig ein Versagen der politischen Elite, die es in fünf Jahren nicht geschafft hat, der EU ein positives Image zu verschaffen und der Bevölkerung zu vermitteln, warum die Integration für sie wertvoll ist.<sup>69</sup>

Es ist mehr als erstaunlich, dass die Führung einer Partei, die nach 1989 entstanden ist und die die meiste Zeit hinweg an der Regierung beteiligt war, so offen Europa-skeptisch auftreten kann wie die ODS. Sie hat auch immer wieder die diffusen Ängste im Land vor Fremdbestimmung für ihre Politik aktiviert und ausgenutzt.<sup>70</sup> Zwar sah es kurze Zeit so aus, als hätten die Erfolge auf dem europäischen Parkett (und nachdem Václav Klaus die Partei verlassen hatte) aus der ODS eine Pro-Europa-Partei werden lassen. Doch auch Topolánek, der noch kurz zuvor für die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages in der Tschechischen Republik gekämpft hatte, äußerte im Mai 2009 die Ansicht, der Vertrag sei tot. Mit Blick auf die baldigen Wahlen wollte er wohl den euroskeptischen Flügel seiner Partei erneut an sich binden.

Die sozialdemokratische Partei indessen hat Zeit ihres Bestehens ein klareres und positives Bekenntnis zur EU abgegeben, doch fehlte ihr lange Zeit die Medienpräsenz wie auch die politische Macht, in dieser Hinsicht Akzente zu setzen. Und Jiří Paroubek, der sich in Fragen des Äußeren immer wieder engagierte, mangelt es an echter EU-Kompetenz. Wie weit sein außenpolitisches Verantwortungs-

bewusstsein reicht, wenn es innenpolitisch zu punkten gilt, das hat sich zudem im März 2009 gezeigt.

Dass außenpolitische Belange und EU-Fragen im Besonderen gerne parteipolitischen Kalkülen geopfert werden, zeigte sich auch im Juni 2009, als die beiden großen Parteien der Übergangsregierung unter Jan Fischer untersagten, einen Personalvorschlag für den tschechischen EU-Kommissar-Posten vorzulegen. Obgleich Fischer darauf hinwies, dass die interessantesten und bedeutendsten Stellen schnell vergeben seien und die Tschechische Republik darum rasch handeln solle, waren sich Topolánek und Paroubek darüber einig, dass sie dies Thema lieber im Kampf um die kommenden Wahlen ausschlagen wollen.<sup>71</sup> Beide Parteien nehmen also in Kauf, dass der zukünftige tschechische EU-Kommissar auf einem unbedeutenden Posten sitzen wird – Hauptsache, er wird von der richtigen Partei dorthin geschickt.

## Wohin geht's?

Mit der »Samtenen Revolution« sind in der damaligen Tschechoslowakei tiefe Gräben entstanden, die sich im Zuge der Transformation noch vertieft haben und die heute dazu führen, dass in der Tschechischen Republik eine Reihe drängender Probleme ungelöst ist und notwendige Änderungsprozesse blockiert werden. Diese Gräben verlaufen zum einen zwischen den Eliten und der Bevölkerung, zum anderen zwischen den politischen Akteuren selbst.

Schon in den Novembertagen 1989 verzichtete die aufsteigende politische Elite darauf, sich durch die Bevölkerung legitimieren zu lassen, und handelte die Übergabe der Macht durch die Kommunisten hinter verschlossenen Türen aus. Diese Trennung zwischen Politikern und den Bürgern verschärfte sich noch im Laufe der anschließenden Transformationsphase, so dass auf Seiten der Bevölkerung die Hoffnungen, die mit Demokratie und Kapitalismus verbunden gewesen waren, kontinuierlich dahinschwanden. Sie verabschiedeten sich mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben und verzichteten demonstrativ auf ihre gesellschaftlichen

Handlungsrechte. Unter den politischen Akteuren selbst brachen bereits unmittelbar nach der »Samtenen Revolution« heftige Konflikte aus. Dabei handelte es sich oftmals weniger um sachliche als um stilistische und persönliche Divergenzen. Es etablierte sich dauerhaft eine Umgangsweise der politischen Akteure miteinander, die nach außen hin laut und scharf ist, intern aber immer wieder punktuell entgegenkommen ermöglicht, sofern alle Beteiligten etwas davon haben. Eine verlässliche und konstruktive Politik, die nachhaltigen Konsens bildet, bei der Bevölkerung erneut

Zustimmung und Interesse weckt und auch auf dem internationalen Parkett das Ansehen des Landes wieder hebt, ist so bis auf Weiteres nicht möglich. Wer auch immer also die nächsten Wahlen in der Tschechischen Republik gewinnen wird: wenn er länger als zwei Jahre an der Macht bleiben will, sollte er sich daran machen, die bestehenden Gräben zu überwinden. Keine leichte Aufgabe.

Dr. Jennifer Schevardo, Programmmitarbeiterin im Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP.

## Anmerkungen

- 1 Für wertvolle Anregungen zu diesem Text danke ich Christiane Brenner, Stefan Meister und Gereon Schuch.
- 2 Vgl. Wolfgang Eichwede, Don Quichottes Sieg, in: Osteuropa 2–3/2009, S. 61–84, hier S. 77.
- 3 Vgl. Ivo Bayer, Jiří Kabele, Politische Kultur der Tschechischen Republik und ihre Transformation (Bericht des BIOst, Nr. 40), Köln 1996, <<http://www.ssoar.info/ssoar/View/?resid=4262&lang=de>> (abgerufen am 15.6.2009).
- 4 Vgl. Ladislav Holý, Malý český člověk a skvělý český národ. Národní identita a postkomunistická transformace společnosti [Kleiner tschechischer Mann und großartiges tschechisches Volk. Nationale Identität und postkommunistische Transformation der Gesellschaft], Prag 2001, S. 29.
- 5 Vgl. Ija Srubar, Elitenwandel in der Tschechischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/1998, S. 21–33, hier S. 22.
- 6 Vgl. Peter Pithart, Geburtsmale, in: Freiheit im Blick, Osteuropa 2–3/2009, S. 27–39, hier S. 37.
- 7 Havel (\*1936) war schon auf Grund seiner großbürgerlichen Abstammung politischer Repression ausgesetzt. Als Schriftsteller kritisierte er vor allem die moralisch verwerflichen und absurden Züge des kommunistischen Systems. In den Novembertagen 1989 wurde er zu einem der Köpfe der Opposition.
- 8 Vgl. Eichwede, Don Quichottes Sieg, a. a. O. (Anm. 2), S. 77.
- 9 Der Zusammenbruch der DDR hatte starken Einfluss auf die Tschechoslowakei, nicht nur wegen der Botschaftsflüchtlinge, sondern auch, weil beide Regime und ihre Stellung im Ostblock ähnlich waren. Vgl. Oldřich Tůma, Der verschwundene Schatten, in: Freiheit im Blick, Osteuropa 2–3/2009, S. 85–96, hier S. 95.
- 10 Vgl. Eichwede, Don Quichottes Sieg, a. a. O. (Anm. 2), S. 79.
- 11 Über die intensiven Verhandlungen zwischen OF und KSČ berichtet Petr Pithart, Poslední nápad komunistů [Der letzte Einfall der Kommunisten], in: A2, 10. Juni 2009. Ausführlicher findet sich die in diesem Artikel angedeutete Abrechnung mit der Zeit und vor allem mit Havel in Pitharts im Juni 2009 erschienenen Buch »Devětaosmdesátý [1989]«.
- 12 Die Herkunft der Bezeichnung ist umstritten. Sie kam über das westliche Ausland ins Land, doch ist unklar, ob sie von westlichen Journalisten geprägt wurde oder diese kolportierten, was sie im Land gehört hatten.
- 13 Vgl. Bayer, Kabele, Politische Kultur, a. a. O. (Anm. 3).
- 14 Vgl. Christiane Brenner, Das »totalitäre Zeitalter«? Demokratie und Diktatur in der tschechischen Erinnerungspolitik, in: Osteuropa 6/2008, S. 103–116, hier S. 104ff.
- 15 Vgl. Holý, Malý český člověk, a. a. O. (Anm. 4), S. 100.
- 16 Vgl. Jan Měchýř: Velký převrat či snad revoluce samotová? Několik informací, poznámek a komentářů o naší takřečené něžné revoluci a jejích osudech 1989–1992 [Großer Umbruch oder doch samtene Revolution? Einige Informationen, Bemerkungen und Kommentare über unsere so genannte sanfte Revolution und ihre Schicksale 1989–1992], Prag 1999, S. 138.
- 17 Klaus (\*1941) war während der 1970er und -80er Jahre in wirtschaftlichen Institutionen tätig, hielt aber soviel Abstand zu den höchsten Kreisen der Macht, dass er sich nicht kompromittierte. Für die Opposition begann er sich erst im November 1989 zu engagieren.
- 18 Vgl. Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989–1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S. 336.
- 19 Um ausländischen Investoren Anreize zu geben, ließ die Föderalregierung, die Krone abwerten und den Wechselkurs an den Dollar knüpfen. Vgl. Libor Židek, Transformace české ekonomiky [Die Transformation der tschechischen Wirtschaft] 1989–2004, Prag 2006, S. 52.

- 20 Vgl. Dieter Segert, *Wirtschaft in der Transformation* <<http://www.bpb.de/publikationen/9N7827.html>> (abgerufen am 15.5.2009), S. 6.
- 21 Am bekanntesten ist wohl der Fall des Investment- »Beraters« Viktor Kožený, der den Anteilanlegern hohe Renditen versprach und sich schließlich 1993 mit einem großen Vermögen ins Ausland absetzte.
- 22 Vgl. Emil Voráček, *Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten. Privatisierung, Untertunnelung und Korruption*, Berliner Osteuropa Info (ca. 1998) <[http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi\\_11/06\\_voracek.pdf](http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_11/06_voracek.pdf)> (abgerufen am 20.5.2009).
- 23 Vgl. Holý, *Malý český člověk*, a. a. O. (Anm. 4), S. 22.
- 24 Vgl. Juchler, *Osteuropa im Umbruch*, a. a. O. (Anm. 18), S. 338.
- 25 Vgl. Bayer/Kabele, *Politische Kultur*, a. a. O. (Anm. 3).
- 26 Zur Transformation der Slowakei von 1993 bis heute: Julian Pánke, Ivo Samson, *Zwischen Wirtschaftswunder und Extremismus. Schatten auf der slowakischen Euro-Euphorie?* (DGAPanalyse 2), Berlin, Februar 2009.
- 27 So stieg der Anteil des Privatsektors am Brutto sozialprodukt von 19,5% (1992) auf 50,4% (1993), was überwiegend daran lag, dass die großen schwerindustriellen Unternehmen in der Slowakei, die noch kaum privatisiert worden waren, nun aus der Statistik herausfielen.
- 28 Vgl. Židek, *Transformace*, a. a. O. (Anm. 19), S. 266.
- 29 Bereits zuvor hatte es Verstimmungen zwischen Brüssel und Prag gegeben. Die tschechische Regierung trat so fordernd auf, dass sich die EU-Kommission bemüßigt fühlte, daran zu erinnern, dass nicht die EU der Tschechischen Republik beitreten wolle. Vgl. Peter Bugge, *Czech Perceptions of the Perspective of EU Membership: Havel vs. Klaus*, Florenz 2000, S. 6.
- 30 Zeman (\*1944) hatte sich bereits in der 1968 kurz wiederbelebten sozialdemokratischen Partei engagiert und war danach Repressionen ausgesetzt. 1989 war er zunächst im OF aktiv, 1992 trat er in die ČSSD ein.
- 31 Vgl. Eleonora Schneider, *Tschechien nach dem Sturz von Václav Klaus* (BIOST Analyse 15), Köln 1998 <[http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/analysen/AA98\\_15.pdf](http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/analysen/AA98_15.pdf)> (abgerufen am 4.7.2009), S. 3.
- 32 Tošovský war ehemaliger Gouverneur der Tschechischen Staatsbank und galt als alter Widersacher von Václav Klaus.
- 33 Im Januar 1998 gründeten ihre Protagonisten Ivan Pilip und Jan Ruml eine neue Partei, die Freiheitsunion.
- 34 Die KDU-ČSL erzielte 9%, die US 8,6%.
- 35 Die Vorgeschichte und Laufzeit des »Oppositionsvertrags« fasst das Buch des Publizisten Erik Tabery, *Vládne, nerušit. Opoziční smlouva a její dědictví* [Wir regieren, nicht stören! Der Oppositionsvertrag und sein Erbe], Prag 2006, zusammen, das auch Vorlage für eine gleichnamige Fernsehdokumentation wurde.
- 36 Einen Überblick gibt: *Die politische Situation am zehnten Jahrestag der »Samtenen Revolution« vom November 1989*, in: *Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik*. Herausgegeben vom Vorstand des Collegium Carolinum, Heft 4/1999, Schwerpunktthema.
- 37 Der Historiker Špidla (\*1951) hatte bis 1989 Berufsverbot und wurde danach in der Regionalverwaltung tätig. Ab 1996 war er Parlamentsabgeordneter, 1997 stellvertretender Parteivorsitzender der ČSSD und ab 1998 Arbeitsminister im Kabinett von Zeman.
- 38 Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003, Tschechien, <[http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel\\_suedosteuropa/Tschechien.pdf](http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/Tschechien.pdf)> (abgerufen am 10.5.2009), S. 4.
- 39 Vgl. Katharina von Schnurbein: *Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung?* (ZEI Discussion Paper, C 105), Bonn 2002, S. 4.
- 40 Umfrage des Centrum pro výzkum veřejného mínění, CVVM [Zentrum für Meinungsforschung], Prag, 14.11.2002, <[http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100132s\\_PM21114b.pdf](http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100132s_PM21114b.pdf)>.
- 41 Damit wurde Gross (\*1969) der jüngste Premier der EU. Da hatte er schon eine beachtliche Karriere in der ČSSD und der Regierung hinter sich. Vladimír Špidla wurde nach der Ernennung Gross' als tschechischer EU-Kommissar nach Brüssel geschickt, wobei nicht klar ist, ob es sich dabei um eine Beförderung oder eine Strafversetzung handelte.
- 42 Der Ökonom Paroubek (\*1952) war vor 1989 in der sozialistischen Partei der Tschechoslowakei aktiv gewesen und hatte danach eine Zeit lang die Funktion des stellvertretenden Bürgermeister von Prag inne. In der Regierung Gross war er Minister für die Regionen.
- 43 Dabei wird gerne übersehen, dass die KSČM heute viel weniger orthodox kommunistische Ansichten vertritt, als dass sie ein Sammelbecken für Protestwähler und politisch Frustrierte aller extremen Richtungen geworden ist.
- 44 Vgl. Tomas Lebeda, *Die tschechische Politik vor den Wahlen 2006* (Working paper 2/2006, FES) Prag, Mai 2006 <<http://www.fesprag.cz/cs/system/files/books/2006-WP2-Lebeda-de.pdf>> (abgerufen am 4.7.2009), S. 10.
- 45 Vgl. Eva Zamrazilová, *Wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Tschechischen Republik im Jahr 2007* (Friedrich Ebert-Stiftung: Analysen aus der Tschechischen Republik, 6) Prag, Dezember 2007 <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/prag/06172.pdf>> (abgerufen am 20.5.2009), S. 5.
- 46 Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008, Czech Republic, Country Report*, Gütersloh 2007 <[http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten\\_BTI\\_2008/ECSE/CzechRepublic.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI_2008/ECSE/CzechRepublic.pdf)> (abgerufen am 10.5.2009), S. 12.
- 47 Die Kommunisten erhielten 12,8%, die Partei der Grünen 6,3% und die KDU-ČSL 7,2%.

- 48 Vgl. Bertelsmann Stiftung, BTI 2008, a. a. O. (Anm. 46), S. 20.
- 49 Topolánek (\*1956) studierte Maschinenbau und war in seiner mährischen Heimat im Bereich Kohle und Energie tätig. Sein politisches Engagement begann 1989 auf der lokalen Ebene; 1996 wurde er Senator und 2002 Senatspräsident und ODS-Vorsitzender.
- 50 Vgl. Zamrazilová, Wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung, a. a. O. (Anm. 45), S. 7.
- 51 Vgl. Hubert Gehring, Tomislav Delinic, Regierung Topolánek stürzt während der Ratspräsidentschaft (Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht Tschechien), 15.3.2009, <[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_16019-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16019-544-1-30.pdf)> (abgerufen am 4.7.2009), S. 1.
- 52 Vgl. Miriam Neubert, Wirtschaftstrends kompakt, Tschechische Republik, Jahresmitte 2009, 23.6.2009, <[http://www.gtai.de/DE/Content/\\_\\_\\_SharedDocs/Links-Einzel-dokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fiIdent=MK T200906228000](http://www.gtai.de/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzel-dokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fiIdent=MK T200906228000)> (abgerufen am 10.7.2009).
- 53 Zahlen von Eurostat, bezogen auf das 1. Quartal 2009. Besser ging es in Europa zu der Zeit nur Spanien, Frankreich und Österreich, in: Literární noviny, 8.6.2009.
- 54 Vgl. Neubert, Wirtschaftstrends kompakt, a. a. O. (Anm. 52).
- 55 CVVM: Názory veřejnosti na pád vlády M. Topolánka [Meinungen der Öffentlichkeit zum Fall der Regierung Topolánek], 30.3.–6.4.2009, <[http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100910s\\_pi90515.pdf](http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100910s_pi90515.pdf)>.
- 56 Die Beteiligung an den Parlamentswahlen ging von 1990 (96,8%), über 1996 (76,4%), 1998 (74%) auf 2002 (58%) zurück. Umfragen zur Zufriedenheit mit der politischen Gesamtsituation ergaben für die Zeit 1998–2001 monatliche Werte zwischen 31 und 17% und liegen seit 2004 zwischen 7 und 14%. Siehe die entsprechenden Umfragen auf: <<http://www.cvvm.cas.cz/>>.
- 57 Der Befund bezieht sich auf alle Sphären: die Mitgliedschaft in Sportvereinen, Engagement für Bürgergruppen, aktive Unterstützung von Parteien oder gemeinnützige Tätigkeit. CVVM: Angažovanost Čechů ve veřejném životě [Engagement der Tschechen im öffentlichen Leben], 2.2.–9.2.2009, <[http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100920s\\_pd90525.pdf](http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100920s_pd90525.pdf)>.
- 58 Legendär ist Václav Klaus' Verachtung für NGOs, denen er vorwirft, sich ohne Legitimation in das Leben der Bevölkerung einzumischen.
- 59 Immer wieder geistert auch der »Kubice-Report« durch die öffentlichen Diskussionen, ein Untersuchungsbericht des tschechischen Geheimdienstes über die Beziehungen der (damals sozialdemokratischen) Regierung zur Mafia. Er wurde kurz vor den Wahlen 2006 den Medien zugespielt, aber nur in Bruchstücken publiziert und ist seitdem verschwunden.
- 60 Voller Kritik an der Aufarbeitung des Kommunismus in anderen ostmitteleuropäischen Ländern zogen die Publizisten Martin M. Šimečka und Michal Komárek im Juni 2009 eine sehr zufriedene Zwischenbilanz mit dem tschechischen Weg, in: Respekt, 29.6.–5.7.2009, S. 34 ff.
- 61 Vgl. Srubar, Elitenwandel, a. a. O. (Anm. 5), S. 29.
- 62 Zur Entstehung des Instituts: Brenner, Das »totalitäre Zeitalter« a. a. O. (Anm. 14), S. 111 ff.
- 63 Vgl. den Beitrag von Frank Herold »Die Verstrickung des Jiří Pelikan«, in: Berliner Zeitung, 23.4.2009.
- 64 CVVM, Umfrage wie in Anm. 55.
- 65 Vgl. KAS Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit, Zwischen Stolz und Sturz. Tschechische EU-Ratspräsidentschaft geht zu Ende, Ausgabe 6, Juni 2009, <[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_16926-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16926-544-1-30.pdf)> (abgerufen am 25.6.2009), S. 4.
- 66 CVVM: ČR, Maďarsko, Polsko, Slovensko: Dopady světové finanční krize a postoj k zavedení eura [ČR, Ungarn, Polen, Slowakei: Auswirkungen der Weltfinanzkrise und Haltung zur Einführung des Euro], 2.–9.3.2009, <[http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100907s\\_ev90512.pdf](http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100907s_ev90512.pdf)>.
- 67 Im Juni 2009 lag die Wahlbeteiligung, wie auch schon 2004, bei knapp über 28%. Noch niedriger war sie in Polen, Litauen und in der Slowakei, in anderen Ländern der Beitrittsrunde 2004 lag sie höher.
- 68 CVVM: Občané o předsednictví ČR v Radě Evropské unie [Bürger über den EU-Ratsvorsitz der ČR], 4.5.–11.5. 2009, <[http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100867s\\_pm90209.pdf](http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100867s_pm90209.pdf)>.
- 69 Vgl. Schnurbein, Der tschechische EU-Beitritt, a. a. O. (Anm. 39), S. 12.
- 70 Gezielt fachen tschechische Politiker auch immer wieder Ängste vor Deutschland an oder es werden von beiden Seiten, also auch von den deutschen Vertriebenverbänden, die Verknüpfung EU-bezogener Schritte Tschechiens mit der Frage nach der Gültigkeit der Beneš-Dekrete populistisch ins Spiel gebracht.
- 71 Vgl. KAS, Zwischen Stolz und Sturz, a. a. O. (Anm. 65), S. 6.



